Chinas Aussenhandelspolitik mit der BRD Seite 2

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 23 vom 16. Juni 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

TERROR GEGEN STREIKENDE ARBEITER

80 Arbeiter in Mannheim mit Gewalt abgeführt

Mannheim, 3.6. (RM). Ein türkischer Kollege berichtet von der Maschinenfabrik Lanz-John-Deere in Mannheim:

Am 22.Mai legten die Kollegen aus dem Motorbau und Maschinenbau die Arbeit nieder. Bis zum Donnerstag hatte sich der Streik über das ganze Werk ausgebreitet. Die Forderung der 2500 Arbeiter, davon 70% ausländische Kollegen: 70 Pfg. mehr pro Stunde, 120 DM mehr im Monat für die Angestellten, 60 DM für die Lehrlinge, 8-Stundentag statt wie bisher 10 Stunden und Überstunden am Samstag und wann es der Betriebsleitung passt.

John Deere-Lanz ist einer der übelsten kapitalistischen Sklavenhalterbetriebe. Vor allem die ausländischen Kollegen werden dort bis zum Äussersten ausgebeutet, sie erhalten z.B. keinen Pfennig mehr für Überstunden, als für die vertragliche Arbeitszeit. Das Fass war übergelaufen, und für die John-Deere-Kapitalisten entstand eine immer gefährlichere Lage: Denn ohne die Motoren und das andere Schwerzeug, das in Mannheim gebaut wird, können sie ihre Fabriken in Frankreich, Holland usw. dicht machen.

Als alle Einschüchterungs- und Spaltungsversuche durch die Gewerkschaftsführung, die gleich offen mit der Werksleitung zusammenarbeitete, als auch der Verrat durch den Grossteil des Betriebsrats nichts mehr half, gingen die Ausbeuter so vor:

Am Dienstag, 19.5., berief die Werksleitung und die Gewerkschaft eine Werksversammlung ein, während der Streik noch andauerte. Dann aber: Ein Aufgebot von Werkschutz, Zivilbullen und bezahlten Spitzeln zerrte jeden Kollegen, der sich offen für die Fortsetzung des Streiks einsetzte, in bereitstehende Autos. Die Kollegen wurden abtransportiert und sofort entlassen. Es waren ca. 80 Kollegen, fast alle Ausländer!

Auf diese brutale Gewalt waren die Arbeiter nicht vorbereitet. So konnte die Spitze des Streikes abgebrochen werden. Vorsorglich hatten die Kapitalisten den Lehrlingen, die entschlossen an der Seite der älteren Kollegen gekämpft hatten, schon am Montag freigegeben, damit sie bei der Polizeiaktion am Dienstag nicht mitkämpften.

Die Kollegen haben gelernt, dass sie das nächste Mal einen Streikrat wählen müssen, dass sie Streikposten aufstellen und eine Streikkasse bilden müssen, dass sie sich auf den Kampf gegen die Greiftrupps einrichten müssen. Wie das geschehen kann, zeigten einige türkische Kollegen, die einen Spitzel umringten, niederschlugen und einen Denkzettel verpassten, den er nicht so schnell vergessen wird. Als er wieder hochkam, konnte er keinen der Kollegen denunzieren, so schnell ging das.

Zur Unterstützung der hinausgeworfenen Kollegen – 50 mussten inzwischen wieder eingestellt werden – wurden bei John-Deere und anderen Betrieben ca. 12 000 Mark gespendet.

Eine wichtige Lehre ist auch, dass die Bourgeoisie mit übelster faschistischer Hetze deutsche und ausländische Arbeiter zu spalten versucht. Allen voran der SPD-'Mannheimer Morgen', der die ausländischen Streikenden als wilde Horde, Messerstecher usw. zu verleumden versuchte. Die Angst der Bourgeoisie vor dem Zusammenhalt der Arbeiter aller Länder muss mit dem Kampfruf beantwortet werden: Deutsche und ausländische Arbeiter, vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf!

Bonner Parlamentarier KORRUPT bis auf die Knochen !

April 1972: Im Bundestag sollen die Ostverträge verabschiedet werden. Während die Kapitalisten wie Mannesmann und Co. nur noch darauf warten, ihren Stift zu zücken, um die profitverheissenden Verträge mit ihrer Unterschrift versehen zu können, wird im Bundestag der Vorhang zur grössten Schau seit seinem Bestehen aufgezogen: Misstrauensantrag. Jeder soll das Gewissen der Nation schlagen hören. Ein rotes Deutschland unter der Knute der russischen Kommunisten – malt Barzel an die Wand. Ewigen Frieden und Beendigung des kalten Krieges – malt Brandt.



Plakat der KPD/ML zur Wahl 1972

Und die D'K'P macht mit: sie appelliert an das Gewissen jedes einzelnen Abgeordneten, seine Stimme dem Frieden zu geben. Sie funktioniert den Streik der Arbeiter im April für Frieden in einen Streik für die Brandt-Regierung, für die Ostverträge um.

Als das Gewissen geschlagen hatte, als Brandt Kanzler blieb, die Ostverträge angenommen wurden, da hiess es dann: Sieg des Volkes! Sieg der Vernunft im Parlament!

Nun, einer von denen, dessen 'Gewissen schlug', hat jetzt die Gründe für seinen 'Gesinnungswandel' auf den Tisch gelegt – Steiner. Peinlich, peinlich! Denn während die SPD mit Brandt an der Spitze bei den Streiks der Arbeiter sehr darauf bedacht war, die Demokratie zu wahren 'und niemanden unter Druck zu setzen', die Arbeiter deshalb sofort den Mund halten sollten, war sie hinter verschlossenen Türen 'aufgeschlossener', scheute z.B. keine Kosten, um Herrn Steiners Gewissen im richtigen Takt schlagen zu lassen. Aber die SPD mit Wienand war nicht die einzige die sich um Steiner kümmerte. Da gibts vor allem noch einen gewissen Herrn Liebherr, der aber wohlweislich im Hintergrund gehalten wird. Dieser Herr Liebherr nämlich aus Biberach stammend wie Steiner und gut bekannt mit ihm, trat damals ebenfalls sehr entschieden für gute Beziehungen mit dem Osten ein. Gute Beziehungen die heute Früchte tragen – in Form eines 300-Millionen-Kontraktes über die Auslieferung von Ausrüstungsmaterial für das sowjetische LKW-Werk an der Kama.

'Gerangel um die Ostverträge – Betrug in Bonn' – schrieb damals der ROTE MORGEN. Viele haben damals noch geglaubt, dass es bei dem Misstrauensvotum in Bonn tatsächlich um einen politischen Streit, um eine Volksbefragung ging. Heute kann es selbst die Bourgeoisie nicht mehr vertuschen: nicht das Volk hat damals entschieden, nicht das Gewissen der Abgeordneten, sondern die dicken Scheine des Kapitals. Die grosse Schau zur Rettung des verlorengegangenen Vertrauens in das Parlament, in die bestehende 'Demokratie' hat sich als Bumerang erwiesen. Klarer als je zuvor ist, dass in diesen Parlament nicht Vertreter des Volkes sitzen, sondern Huren des Kapitals.

Damit hat aber auch der Streit um Frieden oder Fortsetzung des kalten Krieges gewaltig an Glaubwürdigkeit verloren. Wer wird denn im Ernst annehmen, dass solche arbeitsscheuen und völlig korrupten Elemente wie zum Beispiel Steiner ein Interesse an Frieden haben? Sie haben einzig an einem Interesse: am Geschäft und an den Brocken, die dabei für sie abfallen.

Dumm stehen aber nicht nur die Grössen der SPD, der CDU, der gesamte Bundestag da, sondern vor allem auch die D'K'P. **Unversehens sind durch die Schwatzhaftigkeit Steiners auch die wahren Freunde der D'K'P hinter den vorgeschobenen Arbeitermassen hervorgetreten: die Herren Liebherr, Mannesmann, Krupp und Konsorten.**

Die KPD/ML hat bereits im April erklärt: das deutsche Volk will den Frieden. Die Aprilstreiks haben gezeigt, dass die Arbeiterklasse auch bereit ist dafür zu kämpfen. Aber der Frieden ist nicht gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien, nicht gemeinsam mit den alten Kanonenkönigen an Rhein und Ruhr zu erreichen. Er muss gegen sie erkämpft werden. Nicht über Sitze im Parlament, wo der der Grösste ist, der am geschicktesten kassiert, sondern durch den Kampf der Massen, durch die Auseinanderjagung der parlamentarischen Schwatzbude, durch die Zerschlagung des gesamten bürgerlichen Staates. Erst wenn die Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei die Macht im Staat in Händen hält, erst dann ist auch der Friede gesichert.

AUS DEM INHALT

Chinas Aussenhandel mit der BRD S.2
Was zeigt der Prozess gegen Ernst Aust? S.2
Belegschaftsversammlung Hoesch: 60 Pfennig! S.3
Streik bei MWM S.3
Arbeiterkorrespondenzen S.3
Gegen kapitalistische Krisenwirtschaft – sozialistische Planwirtschaft S.4
Rote Hilfe S.4
Revisionistisches S.4
Brandt in Jerusalem: Den Kriegstreibern den Rücken gestärkt S.5
BRD-Imperialismus raus aus Südamerika! S.5
Kumpanei von Betriebsräten S.7
Rote Hilfe/Ostwestfalen gegründet S.7
Komitee gegen die Folter in westdeutschen Gefängnissen S.7
Leserbriefe S.7
Volksbewegung gegen Bombenabwurf S.8
Westdeutsche Kliniken: Wer arm ist stirbt! S.8
Journalisten gekündigt S.8

Der Sozialismus auf dem Vormarsch

China's Außenhandelspolitik mit der BRD

Unter Führung von B. Beitz (Krupp-Chef) führte eine Gruppe westdeutscher Kapitalisten und Wirtschaftsexperten Gespräche in der VR China über Handels- und Wirtschaftsabkommen. Diese Wirtschaftsbeziehungen sind völlig anderer Art, als diejenigen zwischen Bonn und den Kremlzaren, denn sie gründen sich auf einer sozialistischen Wirtschaftspolitik seitens Volkschinas, die der sozialimperialistischen Politik Moskaus direkt entgegengesetzt ist.

"Beim Aufbau des Landes hat China erkannt, dass das Vertrauen auf die eigene Kraft bedeutet, sich hauptsächlich auf die Anstrengungen des Volkes zu verlassen und seinen Ideenreichtum voll zur Geltung zu bringen, allmählich alle imperialistischen Kräfte und Einflüsse auszumerzen, je nach Bedürfnis und Möglichkeiten des Landes die nationalen Ressourcen nutzbar zu machen und nach dem Prinzip der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Nutzens ausländische Ressourcen heranzuziehen..." (Peking Rundschau 16/73)

Der Besuch der westdeutschen Monopolvertreter in der VR China fällt auch in eine Zeit, in der die sowjetischen Sozialimperialisten immer unverholener ihre Aggresaionsvorbereitungen gegen die VR China betreiben. An der 8000 km langen Grenze zwischen China und der Sowjetunion stehen 1,5 Millionen Mann, 41 sowjetische Panzerdivisionen, darunter schnelle Einheiten für einen Blitzvorstoss, in geringer Entfernung dahinter sind bewegliche Atomraketen postiert. Noch grössere Raketen sind von verschiedenen Punkten der sibirischen Steppe auf China gerichtet. Eine Rüstungsindustrie wird insbesondere nördlich der chinesischen Grenze (oberhalb der Mandschurei, dem 'Ruhrgebiet' Chinas) durch die SU aufgebaut.

Dem waffenstarrenden Sozialimperialismus setzt China in erster Linie die Kraft des Volkes entgegen, das ideologisch, moralisch und politisch zur Verteidigung des Sozialismus und des Vaterlandes mobilisiert wird. **"Tiefe Tunnel graben, überall Getreidevorräte anlegen, nie nach Hegemonie trachten"**, unter dieser Losung Mao Tsetungs rüstet sich das chinesische Volk.

Selbstverständlich spielt die Schlacht um den wirtschaftlichen Aufbau in der Verteidigung des Landes eine wichtige Rolle. Die Schwerindustrie steht dabei im Mittelpunkt, Stahl, Eisen, Energiequellen, aber auch Motoren, Turbinen, Kompressoren, Chemieanlagen und Transportmittel. Wie Krupp-Chef Mommsen erstaunt zu berichten weiss, geht Chinas Finanzpolitik auch nicht von dem Prinzip der Technisierung der Landwirtschaft ab, um die Unterschiede zwischen Stadt und Land zu beseitigen, sowie vom Prinzip des gleichmässigen Aufbaus des gesamten Landes, womit industrielle Ballungszonen und unterentwickelte Gebiete vermieden werden.

China verhandelt nun über den Kauf von Blechwalzwerken, Warmbreitbandstrassen, einem Kaltwalzwerk und Blechverfeinerungsanlagen vom Konsortium Demag-GHH-Siemag. Auch eine Warmbreitbandstrasse der Klöcknerwerke, die in Bremen ausser Betrieb gesetzt wurde und zuvor von AEG überholt werden soll, ist im Gespräch. Während der Warenaustausch zwischen BRD und China nach dem Vertrag Bonn-Moskau zurückging, ist jetzt eine Aufwärtsentwicklung wieder festzustellen.

Es ist dabei kein Zufall, dass gerade die Krupp-Chefs Beitz und Mommsen die Delegation westdeutscher Kapitalisten anführten. Sind doch die Krupp-Werke im Sturm auf den sowjetischen Markt etwas zu kurz gekommen. Bekanntlich hat der Block der Stahlindustriellen Thyssen-Mannesmann-Rheinstahl den grossen Coup gelandet und dieser Block ist deshalb weniger interessiert an Geschäften mit China, unterstützt vielmehr die Politik: Friedhofsruhe in Europa - Krieg in Asien', die hinter dem Pakt Washington-Bonn-Moskau steht.

Die Einladung der Kapitalistendelegation unter Beitz/Mommsen spiegelt daher die Möglichkeit der VR China wider, Widersprüche zwischen den Monopolen auszunutzen, und versetzt auch der Politik der Isolierung und Blockade Chinas einen weiteren Schlag.

Bei diesen Geschäften achtet die VR China, ganz im Gegensatz zu den sowjetischen Sozialimperialisten darauf, bei Abkommen mit Imperialisten keine Zugeständnisse auf Kosten der Souveränität des Landes und der Unabhängigkeit der Wirtschaft zu machen. So lässt China z.B. die Lieferung von Werken aus Westdeutschland nicht an die Ausbeutung chinesischer Rohstoffquellen binden, wie die Sozialimperialisten es machen. Die VR China kauft zum allgemein üblichen Weltmarktpreis Werke, die nachher vom chinesischen Volk selbst zur Verwertung der Rohstoffreserven und zum Aufbau der chinesischen Industrie und Landwirtschaft benutzt werden. Ferner stellte die Kapitalistendelegation fest: "Die Chinesen würden nur das kaufen, was sie zur Deckung ihres unmittelbaren Eigenbedarfes benötigen und was sie in längstens 5 Jahren bezahlen können. Grosse Investitionen, um für den Export zu produzieren, schieden aus." (Handelsblatt 7.6.).

Auch hier der Unterschied zu den revisionistischen Ländern, die sich durch langfristige Kreditaufnahme und Warenabkommen bis zu 20 Jahren (sibirisches Erdgas für die BRD z.B.) in den kapitalistischen Weltmarkt und das Wahrungssystem des Westens eingliedern: die auch die Versorgung ihrer eigenen Bevölkerung auf Kosten 'devisenbringender' einseitiger Exportindustrie gefährden, China dagegen hat als Ergebnis seiner prinzipienfesten Handelspolitik eine ausgeglichene Zahlungsbilanz und die festeste Währung der Welt. Chinas Markt und Wirtschaft ist dem imperialistischen Weltmarkt als 'Expansionsgebiet' für immer verschlossen.

Im Vertrauen auf die Kraft des Volkes, unter Bewahrung der nationalen Unabhängigkeit auch auf wirtschaftlichen Gebiet, wächst und erstarkt das sozialistische China, das Bollwerk der Weltrevolution. Es wird jeden Angreifer niederschmettern.



Auf die eigene Kraft gestützt hat die VR China ihre Industrie aufgebaut, die sie unabhängig vom kapitalistischen Weltmarkt macht. Das 'Hauptpetrochemische Werk Peking' steht beispielhaft für diese Leistung.

Was zeigt der Prozess gegen Ernst Aust ?

Nach drei Prozesstagen verurteilte die bürgerliche Klassenjustiz den Genossen Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML wegen "Beschimpfung und böswilligen Verächtlichmachung der verfassungsmässigen Ordnung der BRD sowie wegen Billigung von Sprengstoffanschlägen zu 5000 DM Geldstrafe oder ersatzweise 200 Tage Haft. Was zeigt dieser Prozess?

Bevor der Prozess begonnen hatte, stand der Beschluss der Bourgeoisie bereits fest: Ernst Aust muss verurteilt werden. Mit dem Urteil sollte eine weitere Grundlage geschaffen werden, unsere Partei nach dem Paragraphen 129 des Strafgesetzbuches verbieten zu können: Indem unsere Propaganda als kriminell abgeurteilt wird, soll die Partei zur kriminellen Vereinigung gestempelt werden.

Natürlich hatten sie es auch auf unseren Vorsitzenden abgesehen. Schon in der Anklageschrift gegen die Genossen Schulte und Osswalt wird ausdrücklich auf die führende Rolle des Genossen Ernst bei der Gründung unserer Partei hingewiesen.

Klar war aber auch, dass Ernst Aust vor Gericht für die Bourgeoisie ein heisses Eisen ist. Wäre es daher nach den Wünschen der Bourgeoisie gegangen, der Prozess wäre in aller Stille über die Bühne gegangen. Denn das wussten sie: Ernst als 60-jährigem Arbeiter die Masche vom 'Politrocker' und 'Chaoten' anhängen, das würde ihnen keiner abnehmen. Sie hatten es mit einem seit Jahrzehnten kampferprobten und erfahrenen Funktionär der Arbeiterklasse zu tun, der das Gericht in eine Tribüne zur Propagierung des Kampfes seiner Klasse machen würde.

Vor allem aber ist Ernsts Person der beste Ausdruck dafür, dass unsere Partei die revolutionäre Tradition der KPD Ernst Thälmanns fortsetzt: Ernst war es, der sie im Kampf gegen Revisionisten wie Reimann und Bachmann in der KPD verteidigte. Ernst war es, der zur Gründung der KPD/Marxisten-Leninisten aufrief, der Partei, die die revolutionäre Tradition der KPD fortsetzt.

Genau das aber will die Bourgeoisie totschweigen. Zu gross ist ihre Angst, dass klassenkämpferische und revolutionäre Arbeiter den revisionistischen Verrat der D'K'P-Führer erkennen, dass sie durch den Prozess erfahren: Die deutsche kommunistische Arbeiterbewegung ist nicht im Bachmann-Ulbricht-Sumpf verkommen, sondern schuf sich im Kampf gegen diese Verräter ihren neuen Kampfstab: Die KPD/ML.

Eben deshalb wurde der Prozess gegen Genossen Ernst Aust nicht an die grosse Glocke gehängt. Man hofft sichtlich, die Arbeiterbewegung eher zu irritieren, wenn heute die Führer der 'KPD'-AO, Genossen aus der kleinbürgerlichen Studentenbewegung, stellvertretend für die 'Maoisten' genommen werden. Deshalb auch eine sehr liberale Verhandlungsführung und schliesslich keine Gefängnisstrafe im Ernst-Prozess. Nur keinen Wirbel! In Ruhe Grundsatzurteile fällen und den Vorsitzenden der KPD/ML kriminalisieren, als weiteren Schritt zum Verbot.

Aber diese geräuschlose Methode war der Klassenjustiz nicht vergönnt. Zigtausende Flugblätter wurden vor Betrieben und im Stadtteil verteilt, Protestresolutionen und -Veranstaltungen in ganz Westdeutschland und Westberlin organisiert.

Im Gerichtssaal selbst zeigte sich, dass das Gericht dem kämpferischen Vorgehen des Genossen Ernst keineswegs gewachsen war. Genosse Ernst deckte auf, in wessen Sold der Richter steht, worum es in diesem Prozess geht: "Die heute verstärkt einsetzende Verfolgung revolutionärer Kräfte unseres Volkes, der marxistisch-leninistischen Bewegung und der Vorhut der Arbeiterklasse, der KPD/ML, erfolgt, weil sich die Klassenkämpfe verschärfen, weil die westdeutschen Imperialisten erkennen, dass im weltweiten Meer des Klassenkampfes, des Freiheitskampfes der Völker die Bundesrepublik keine friedliche Insel bleiben wird. Weil sie spüren, dass auch ihre Tage gezählt sind, dass sie unaufhaltsam einer tiefgehenden Krise zusteuern, dass auch für Westdeutschland gilt: Die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution und der Sieg des Sozialismus."

In die Enge getrieben musste der Richter immer mehr seinen Schafspelz ablegen: Beweismittelanträge wurden abgelehnt, ein Antrag auf Befangenheit zurückgewiesen. Dem Publikum wurde jede "Einmischung" unter Androhung von Strafe verboten. Die vom Staatsanwalt geforderte Geldstrafe (2500 DM) wurde verdoppelt. Und der ach-so-liberale Richter selbst war es, der die Polizeischläger hereinwinkte, um das Publikum und den 'Angeklagten' aus dem Gerichtsgebäude prügeln zu lassen.

Der Prozess zeigt, dass unser Vorgehen richtig war: Wenn der Feind uns angreift, dürfen wir nicht den Schwanz einziehen, wie es uns die Revisionisten predigen, sondern müssen unsere Anstrengungen verdoppeln und den Kampf noch schärfer und zielgerichteter führen. So können wir der Bourgeoisie Niederlagen beibringen.

Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt. Der Prozess geht weiter. Neue Anschläge gegen Genossen Ernst bereitet die Klassenjustiz vor.
Gleichzeitig versucht sie im Osswalt/Schulte-Prozess und in bevorstehenden Prozessen gegen andere Genossen, mit dem Urteil "Rädelsführer einer kriminellen Vereinigung", die rechtliche Handhabe für ein sofortiges Verbot unserer Partei uns anderer revolutionärer Organisationen zu legen.

Bereiten auch wir uns vor: Den Klassenkampf noch besser führen, die revolutionäre Wachsamkeit erhöhen (Aufruf des Präsidiums RM Nr. 21), die Reihen der Partei gestärkt!

HÄNDE WEG VON ERNST AUST!
FREIHEIT FÜR DIE KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!
VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

Aus der Trickkiste der bürgerlichen Presse

Aus der 'Welt' vom 30.Mai 1973:
Artikelüberschrift: Der Rote Morgen jubelte über die Bombenanschläge.

In der Ausgabe vom 11. 9. 1972 nimmt „Roter Morgen" Stellung zu den Anschlägen auf das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Heidelberg und Frankfurt, denen insgesamt vier Menschen zum Opfer gefallen waren, und behauptet: „Wir freuen uns über die Bombenanschläge in Heidelberg und Frankfurt. Sie haben dem Haß des deutschen Volkes angemessenen Ausdruck verliehen." An anderer Stelle wird kundgetan: „Blut muß fließen, um der Welt klarzumachen, wir können auch anders."

Und so hiess es tatsächlich im RM 17/72:

Die westdeutschen Imperialisten zeigten unverhüllt ihre faschistische Gesinnung: Blut muß fließen, um der Welt klarzumachen: 'Wir können auch anders!'

Ein Brief aus dem Publikum : "ZWEIERLEI RECHT ?"

Ein 66 jähriger Kollege aus dem Publikum übergab dem Richter einen Brief aus Empörung darüber, wie der Richter am zweiten Prozesstag das Publikum massregelte: Verboten wurde jede Meinungsäusserung, das Überreichen von Blumen an den Angeklagten - selbst die rote Farbe der Blumen wurde bemängelt. Da der Kollege von vornherein wusste, dass der Richter kein Wort über den Brief verlieren würde, schickte er zugleich uns den Brief: Hier Auszüge:

...Es wurde jede Meinung des Publikums während der Verhandlung untersagt.

Die Redewendungen nehmen jedenfalls für mich von Seiten des Gerichts beleidigende Formen an. Schon die Behandlung, die mir als 66 Jahre alten Mann beim Betreten des Gerichtsgebäudes zuteil wurde, ist beschämend. Ohne dass irgendjemand einen Ausweis vorzeigte, wurde ich von mir unbekannten Herren abgetastet - ohne jeden Grund! Ich brauche keine Lastwagen Polizei zu meinem Schutz, oder aus einem anderen Grund.

Kann das Volk auch das Recht für sich in Anspruch nehmen dem Gericht gegenüber oder gibt es zweierlei Recht? Wenn ja, dann müsste ich den Bürgern beistimmen für ihr Verhalten im Saal.

Ich bin jetzt dahintergekommen, dass ich bisher des öfteren auf dem verkehrten Dampfer gefahren bin. Unsere Jugend hat es verdient, dass sie von der älteren Generation in jeder Form vor Krieg und jedem Unheil geschützt wird. Wenn das nicht geschieht, brauchen wir uns nicht zu wundern, da wir ja selbst Soldaten waren und den Massenmord kennen, wenn das Volk in das vom Gericht verurteilte Verhalten übergeht. Die Jugend sucht sich stets die Führer, die ihre Interessen vertreten und zu denen sie sich hingezogen fühlt durch das Verhalten des Staates.

Hochachtungsvoll
H.H.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 35 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 46420 - 435 (G. Schubert).
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Hoesch in Dortmund

Statt Beruhigungspille - 60 Pfg linear!

Wenige Tage nach der Beruhigungspille für die Stahlarbeiter - Teilbelegschaftsversamllung bei Hoesch in Dortmund.

Ein revisionistischer Betriebsrat legte eine Entschliessung auf den Tisch, gerichtet an den Vorstand der Hoesch-Hüttenwerke AG und der IG Metall. In ihr wurden die 70 DM als "begrüssenswerte Vorauszahlung auf eine notwendig gewordene Teuerungszulage" bezeichnet und ihre Umwandlung in eine Stundenlohnerhöhung von 40 Pfg gefordert. Wann und wie diese "Umwandlung" erfolgen sollte - dazu allerdings kein Wort.

"Die Belegschaftsversammlung von FKI und FKII lehnt den vom Vorstand der IG Metall ausgehandelten Tarifnachschlag als völlig unzureichend ab. Wir sind empört, dass sich Vorstand und Tarifkomission in Geheimverhandlung über die in zahlreichen Betrieben und von den Vertrauensleuten der Westfalenhütte aufgestellten Forderungen hinweggesetzt haben. Das Verhandlungsergebnis und die Methode geheimer Verhandlungen hinter dem Rücken der Stahlarbeiter sind offensichtlich ganz im Interesse der Stahlindustriellen. Dies beweist die noch nie dagewesene Eile, mit der sie dem Tarifnachschlag zustimmten. Wir erklären unsere Solidarität mit den Kollegen aus Stahl- und Metallbetrieben, die nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses aus Protest die Arbeit niededegten. Wir fordern:

ECHTE LOHNERHÖHUNG STATT BERUHIGUNGSPILLE 60 PFG LINEAR!

SOFORTIGE KÜNDIGUNG DER TARIFE!

NIEDER MIT DEN GEHEIMVERHANDLUNGEN!

Diese Resolution erntete grossen Beifall unter den Kollegen. Besonders als der Kollege auch noch einmal auf die Verleumdungen einging, nach denen der letzte Streik der Hoesch-Arbeiter angeblich an ihrer Uneinigkeit gescheitert sei. Die wahren Schuldigen waren die Gewerkschaftsbonzen, die diesem Streik um jeden Preis brechen wollten.

Es war klar, wer auf dieser Versammlung überhaupt von den Kollegen angehört werden wollte, musste gegen die Bonzen Stellung beziehen. Deshalb begann auch D'K'P-Betriebsrat Wetzel mit einer Schimpfkanonade gegen die IGM-Bonzen. Aber völlig anders als der erste Kollege. Er forderte nämlich, der Vorstand solle endlich etwas unternehmen, damit er und seine Betriebsratsfreunde die Kollegen nicht ins "offene Messer" jagen müsse. **Dieses "offene Messer" waren für ihn Streiks wie erst vor kurzem.**

Nach seiner Rede war klar, dass seine Schimpfkanonade nur einen Zweck hatte: Die

Fortsetzung auf Seite 4



1000 Arbeiter und Angestellte der Hoeywell in Dörnigheim gingen auf die Strasse, um gegen Preistreiberei zu demonstrieren. Sie fordern ebenfalls 60 Pfennig Stundenlohn Aufbesserung. Die Arbeiter legten den Verkehr auf der vielbefahrenen Bundesstrasse 8/40 lahm. Die Autofahrer zeigten sich solidarisch.

Mannheim: Streik bei MWM

M a n n h e i m (RM). Der Betriebsrat war angeblich schon seit Tagen in Verhandlungen mit der Geschäftsleitung wegen einer innerbetrieblichen Zulage. Am 16.5. machten die Kollegen den Hebel raus und gingen auf den Hof. Weil Betriebsrat und Geschäftsleitung noch den Weihnachtsgeldstreik in Erinnerung hatten, bei dem wir die Verwaltung besetzt und die 'Verhandelnden' besucht hatten, sperrten sie sich vorsichtshalber ein.

Wir riefen auf dem Hof Parolen wie: "Gebt das Ergebnis raus, sonst gehen wir nicht nach Haus!" Viele Kollegen blieben über Schichtwechsel hinaus da, die Mittelschicht wollte nur zum Teil weiterstreiken, wurde aber schnell bis auf ca. 70 Kollegen überzeugt.

Am nächsten Tag wollte der KD (Kleindiesel) nicht richtig, der RH (Grossdiesel) nahm aber erst gar nicht die Arbeit auf, sondern zog von Abteilung zu Abteilung und holte dann auch die KD-ler fast geschlossen auf den Hof. Betriebsratsvorsitzender Werner Nagel, der als MdB in Bonn seine Diäten kassiert, kam angereist. 'Volksvertreter' Nagel wurde mit Pfiffen und Buhrufen empfangen. Das erste was er zu sagen wusste, war: alle wieder an die Arbeit, BVG, wilder Streik usw. usw.

Wieder Pfiffe und Nagel zog ab. Er kam wieder und behauptete, die Geschäftsleitung verhandle nicht, solange gestreikt wird. Durch diese Drohung und durch das Abwiegeln vieler Vertrauensleute wurde dann die Arbeit wieder aufgenommen.

Der grosse Erfolg des Streiks bis dahin war, dass die Kollegen ihn selbständig führten, dass keine SPD- und D'K'P-Bonzen sich an die Spitze setzen konnten, dass Ansätze zur eigenen Organisierung gemacht wurden.

Aber die meist unerfahrenen Kollegen an der Spitze machten auch grosse Fehler. Sie sorgten nicht dafür, dass demokratisch Forderungen unter den Kollegen aufgestellt und klar gemacht wurde: Wir streiken bis zur vollen Durchsetzung der Forderungen!

Stattdessen übernahmen die Kollegen einfach die spalterischen Forderungen des Betriebsrats und der D'K'P: 50 DM und 75 DM für die unteren Lohngruppen. Zum Schichtwechsel gab der BR bekannt: 10 Pfg. pro Stunde für die Akkordarbeiter, 20 Pfg. für Zeitlöhner, Verdoppelung der Umweltpunkte von 8 auf 16 Pfg.

Die Erbitterung der Kollegen war ungeheuer. Der BR hatte einstimmig dem Ergebnis zugestimmt, mit der Begründung: "Es war nicht mehr drin."

Was drin ist, konnte man im 'Mannheimer Morgen' am 23.5. lesen:

"Nach 2 dividendenlosen Jahren eine Ausschüttung von 10% je 50-DM-Aktie, insgesamt 1,5 Millionen. Dazu kommt eine Million, die in die Rücklage geht – und zuvor hatte MWM ein grosses Gelände hinter dem Werk für mehrere Millionen von der Stadt gekauft."

In den nächsten Tagen wurden für die meisten Abteilungen Versammlungen durchgeführt. Aber die kämpferischsten Kollegen konnten sich mit der Forderung nach Weiterstreiken nicht mehr durchsetzen. –

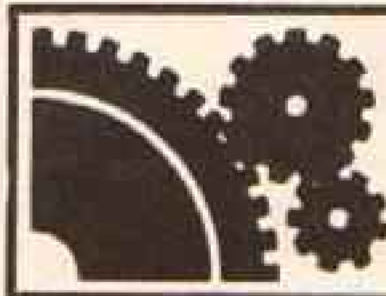
Dennoch, die Forderung der fortschrittlichsten Kollegen steht.

Diese Betriebsräte müssen alle weg, einschliesslich alle Vertrauensleute, die sich gegen uns und den Streik und seine Fortsetzung gewandt haben.

Unterschriftensammlung für eine Neuwahl!

Für die volle Bezahlung der Streikzeit!

Gegen jede Spaltung – auch die Angestellten müssen mitstreiken!



Arbeiterkorrespondenzen



Reutlingen:

Streik bei Wafios

Vorletzte Woche gingen die Vertrauensleute unserer Firma durch den Betrieb, und sagten: "Am Montag, den 28.Mai werden wir uns von 9 bis 10 Uhr hinsetzen. Wir machen einen Warnstreik, damit die Geschäftsführung und der Betriebsrat über eine Teuerungszulage verhandeln."

Wir blieben nach dem Vesper sitzen, und warteten bis 10 Uhr. Danach wusste niemand, was geschehen solle. Man schloss sich einzelnen Diskussionsgruppen an. Dann ging es von Mund zu Mund, dass weitergestreikt wird. Die Diskussionsgruppen wurden von einzelnen Vertrauensleuten aufgefordert, auf den Hof zu gehen. Etwa 30 bis 40 Kollegen gingen hinaus. Darauf gingen ein paar Kollegen wieder hinein, und forderten die anderen Kollegen auf, auch heraus zu kommen. Man bekam aber nur zu hören: "Was sollen wir denn draussen, es ist doch egal, ob wir drinnen oder draussen sind.

Ja, was sollte man draussen im Hof machen? Einige meinten, man solle sich den Leuten auf der Strasse zeigen, damit sie sehen, dass hier gestreikt wird. Keiner kam aber auf die Idee, eine Rede zu halten, den Streik weiter zu organisieren, die Arbeiter zur Solidarität aufzufordern.

In der Montage gingen die Arbeiter nun langsam wieder an ihre Arbeit. Aber in der Mechanischen Abteilung waren die Arbeiter fest entschlossen, weiterzustreiken. Sie sagten: "Schon zweimal wurde ein Streik bei uns abgewürgt, diesmal muss er zum Erfolg führen.

Die Kollegen warteten auf etwas, was sie führte, das sie leitete, das sagte, was weiter geschehen solle. Aber so etwas gab es hier nicht. Der Vertrauensleutekörper, der den Streik beschlossen hatte, war unfähig, weiter zu denken, oder etwas zu organisieren.

In der Zwischenzeit verhandelte der Betriebsrat mit der Geschäftsleitung. Die Arbeiter warteten ungeduldig auf das Ergebnis. Dann endlich kam der Betriebsrat.

Die Geschäftsleitung sei nicht bereit, über eine Teuerungszulage zu verhandeln, die Kollegen sollen wieder an die Arbeit gehen. Die Geschäftsleitung sehe es ja ein, auch sie treffe der Preisanstieg. Man solle die Verhandlungen am 4.Juni von der Gewerkschaft mit den Arbeitgebern über eine Angleichung an Nordwürttemberg/Nordbaden abwarten. Danach wurde noch mit dem Betriebsrat hin- und herdiskutiert.

Vor der Mittagspause einigten wir uns mit ein paar Kollegen der grossen Montage, dass sie nach der Mittagspause mit uns streiken würden. Die anderen Arbeiter der Montage arbeiteten jedoch weiter. Und wieder wussten wir nichts anzufangen. Man zerfiel in einzelne Diskussionsgruppen.

Der Geschäftsführer, Herr Härter, kam von der Mittagspause zurück. Wenn er in sein Büro will, muss er durch die Fabrik. Er blieb kurz vor unserer Gruppe stehen, und sagte mit strenger Stimme: "Geht ja an die Arbeit; die Folgen habt ihr zu tragen!", und verschwand in seinem Büro. Die meisten Arbeiter hatten es satt, herumzustehen, sie holten sich bei ihren Meistern Abgangsscheine und gingen nach Hause.

Am Nachmittag hörte man, die Geschäftsleitung habe gesagt: "Wenn wir den Machtkampf wollten, dann sollen wir ihn haben, und wir könnten bis Weihnachten weiterstreiken, das sei ihnen egal." Trotzdem meinten die zurückgebliebenen Arbeiter: "Man solle ja nicht klein beigeben, man soll so lange streiken, bis die Geschäftsleitung zu uns gekrochen kommt."

Am anderen Morgen streikten die Arbeiter in der Mechanischen Abteilung und in der grossen Montage weiter. Die anderen Abteilungen nahmen die Arbeit voll auf. Die kämpferische Stimmung des Vortages flaute immer mehr ab. Es war auch nur ein schwacher Trost, als wir hörten, unsere Kollegen vom Werk II am Südbahnhof streiken weiter. Die missliche Stimmung wuchs.

In der mechanischen Abteilung wurden schon seit längerem nur noch Einzelteile hergestellt. Die Serien werden in die Aussenwerke verschickt. Wir sahen, dass wir nur Erfolg haben würden, wenn die ganze Firma streikt, und das war nicht der Fall.

Die Geschäftsleitung kam und erklärte, dass sie zu keinen Verhandlungen bereit sei. Stellte sich dann 'kameradschaftlich' an unsere Seite und versprach, die Eingruppierung in unserem Betrieb voranzutreiben.

Der Geschäftsführer sagte: "Die Arbeitnehmer und Arbeitgeber sollten der Regierung auf die Finger schaun, damit der Preisanstieg nicht so hoch getrieben wird." Er schmeichelte noch etwas herum, und forderte uns auf, an die Arbeit zu gehen, und verschwand.

Ohne etwas zu sagen, gingen die Arbeiter an die Arbeit zurück. Die meisten mit einer Wut im Bauch. Beschämend und kläglich war dieser Streik zusammengebrochen. Es hatte den Arbeitern einfach eine Führerin gefehlt. Für mich als Rotgardist war dieser Streik eine Schulung und eine Stählung im Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse.

Rot Front!

Folgende Kurzgeschichte wurde uns aus Böblingen zugesandt. Wir haben sie an zwei Stellen gekürzt.

Feierabend

Es ist kurz vor vier. Ich wasche mir die Hände. "Gott sei Dank", denke ich, "dieser Tag ist auch vorbei." Mechanisch trockne ich mir die Hände ab und gehe zur Stechuhr. Da steht schon eine lange Schlange stumpf blickender Kollegen. Sie sind alle müde, doch sie wollen es nicht sein. Acht Stunden schuften und schliesslich gleich ins Bett? Nein, so was darf nicht sein; man muss ja auch noch leben! – Es hupt. Schnell stupft jeder seine Karte, grüsst und geht in den Waschraum. Dort ist eine feuchte, stickige Luft. Es riecht nach Schweiss und Seife.

Trotzdem singt ein Jungarbeiter den neuesten Schlager: 'Festival der Liebe'. "Hör doch mit dem Quatsch auf!", ruft ihm ein älterer Kollege zu. "Sing lieber 'Brüder zur Sonne...'! Aber das kennt ihr Jungen ja gar nicht mehr – nur noch euren neumodischen Blödsinn!"

Er fängt an, dieses alte Arbeiterlied zu singen. Ich falle ein und auf einmal singt der ganze Waschraum: 'Brüder zur Sonne zur Freiheit, Brüder zum Lichte empor!...' Nach diesem Lied sind wir richtig erleichtert. "Ja, das ist was", denke ich, "Ewig der Sklaverei ein Ende, Heilig die letzte Schlacht!"

Ich ziehe mich schnell um, gehe die lange Werkstrasse zum Tor. Von überall strömen die Kollegen, alle in eine Richtung. Arbeiterkolonne oder Demonstrationszug? Mir kommt wieder das Lied in Sinn:

"Seht wie der Zug von Millionen
Endlos aus Nächtigem quillt;
Bis unser Sehnsucht Verlangen
Himmel und Nacht überschwillt."

Adresse der Redaktion:

G. Schubert
43 Essen 14
Postfach 36 07

- 60 Pfg. linear!

Fortsetzung von Seite 3

Kollegen sollten abwarten, was die Gewerkschaftsführung unternimmt, statt zu kämpfen.

Wie gross seine Angst vor der Bereitschaft zum Kampf war, zeigte sich daran, dass mit allen Mitteln versucht wurde, die Abstimmung über die Resolution des Kollegen zu verhindern. Erst hiess es, die Resolution habe keinen Adressaten. Dann wurde einfach als erstes über die Entschliessung abgestimmt. (An der Abstimmung beteiligten sich übrigens nur wenige Kollegen). Da machte ein ihm politisch unliebsamer Kollege einen Zwischenruf, dass alternativ abgestimmt werden müsse. Wetzel nahm das zum Anlass, um eine wilde Hetze gegen die Marxisten-Leninisten zu starten: Das seien Faschisten, die den Staat untergraben wollten, Feinde der Arbeiterklasse. So baute er eine Stimmung im Saal auf, in der kaum ein Kollege mehr gegen den Betriebsrat und damit für die Resolution des Kollegen zu stimmen wagte.

Ein anderer Kollege brachte auf der Versammlung die Entlassung des fortschrittlichen Jugendvertreters Strojec zur Sprache. (s. RM Nr.). Strojec hatte entscheidend dazu beigetragen, dass der V-Leutekörper der Westfalenhütte die Forderung nach sofortiger Kündigung der Tarife aufgestellt hatte. Als Strojec einen tödlichen Arbeitsunfall, bedingt durch die steigende Arbeitshetze, Mord nannte, wurde er aus dem Betrieb geworfen. Der Kollege kritisierte, dass der Betriebsrat die Belegschaft noch nicht einmal informiert, geschweige denn den Kampf für seine Wiedereinstellung organisiert hatte. **Die Antwort: Strojec habe sich nur zum Märtyrer machen wollen. Ausserdem sei die Bezeichnung der Betriebsleitung als einen Haufen von Mördern nicht zu rechtfertigen.**

Nach der Versammlung im Betrieb: Das Interesse an der Resolution des Kollegen ist gross. Viele kommen, um mit ihm darüber zu srpechen, stellen Fragen, machen Verbesserungsvorschläge. Viele empören sich über den 'Kommunisten' Wetzel. Das unehrliche Wesen dieses Betriebsrats hat sich schliesslich nicht zum ersten Mal gezeigt.

Es ist die Aufgabe der Betriebszelle, den Kollegen zu erklären, dass ehrlicher, solidarischer Kampf der Kollegen gegen das Kapital nur möglich ist, wenn sich die Reihen auch gegen solche Verräter schliessen. Weil wir das von nun an noch konsequenter tun werden, sind wir sicher:

Die Zeit, wo sich die Belegschaft von Wetzel und seinem Agentenverein D'K'P in die Irre führen lässt, wird sehr bald vorbei sein. Die Fronten werden klarer werden. Die Kämpfe der Massen und die Politik der KPD/ML werden die Zukunft bestimmen.

Gegen kapitalistische Krisenwirtschaft- Sozialistische Planwirtschaft!


HOESCH-ARBEITER BEIM STREIK

Im Parlament gibt es zur Zeit viel Geschrei. Mit grossen Worten wird über Stabilität geredet, von einer Stabilität die es im Kapitalismus nicht geben kann. Wie verrückte hetzen die Herren der westdeutschen Monopole hinter den Profiten her. Ein Beispiel dafür ist der Stahlboom. Thyssens Kapazitäten sind ausgelastet, schon baut er am grössten Hochofen Europas, erhöt er die Produktion von Rohstahl auf fast das Doppelte. Auch bei der Konkurrenz Krupp wird ein neuer Hochofen gebaut, um am Stahlboom teilzuhaben. Die Folge ist, der Markt wird schneller gesättigt, die riesigen neuen Kapazitäten können nicht mehr ausgelastet werden, es gibt Stillegungen, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit.

Aber auch solange der Laden bei den Monopolherren läuft, solange der Boom anhält, hat der Arbeiter nichts davon. Die erhöhte Nachfrage treibt die Preise und die zahlt der arbeitende Mensch. Ein gutes Beispiel dafür sind die Benzinpreise.

Nachdem die Nachfrage nach Öl auf dem Weltmarkt in letzter Zeit bedeutend gestiegen ist, nachdem die USA in Rotterdam das gesamte überschüssige Öl auf dem europäischen Markt, das bisher an die 'freien Tankstellen' geliefert wurde, aufkauften, haben die Ölmonopole Stück für Stück den Benzinpreis um ca. 3. Pfennig angehoben. Das heisst schon was, wenn man bedenkt, dass bei einem Benzinpreis von rund 60 Pfg. 50 Pfg. Steuern an den Staat gehen dann bedeutet das eine Erhöhung um fast ein Drittel. Dass dann der Staat, auch nicht faul, gleich noch einmal 5,4 Pfg.Steuererhöhung auf den Liter Benzin draufschlägt, ist dann eine der sogenannten Stabilitätsmassnahmen der SPD-Regierung.

Auch, dass in den Zeiten der sogenannten Hochkonjunktur die Arbeit nicht gerade leichter wird, wird so mancher Arbeiter heute am eigenen Leib erfahren. Das letzte wird herausgeholt, um mehr und schneller zu produzieren, Bänder schneller gestellt, Stückzahlen erhöht. Es wird in erhöhtem Masse rationalisiert, das heisst an dem Platz, an dem heute noch zwei Arbeiter stehen, steht morgen nur noch einer. Mit der den Ausbeutern eigenen Kaltschnäuzigkeit fasst der Bundesverband der deutschen Industrie diese Entwicklung so zusammen: 'Die Industrie kann in diesem Jahr von folgenden Voraussetzungen ausgehen: Stark steigende Auftragseingänge, höhere Produktion, erfolgreiche Rationalisierungsbemühungen, Preise, die zunächst stärker als die Kosten steigen ... sowie währungspolitische Unsicherheit.'

Die Bundesregierung beschäftigt sich nun zur Zeit im wesentlichen damit die Expansionspolitik des westdeutschen Monopolkapitals sowohl durch Subventionierungen durch Steuergelder, als durch Staatsaufträge ,wie bei der Rüstung, durch staatliche Auslandsinvestitionen, z.B. die sogenannte Entwicklungshilfe, als auch auf politischem Parkett, Breshnew-Treffen, Brandts Besuch in Israel, Scheels Reise nach Nah Ost. (Siehe RM Nr. 22)

Gleichzeitig beschäftigt sich die Bundesregierung auch schon heute damit, die Folgen des Booms, der profitgierigen Konzerne hinauszuzögern und vor den werktätigen Massen zu verschleiern. Deshalb will die Bundesregierung einen Fond anlegen, um bei dem zu erwartendenZusammenbruch der Hochkonjunktur, den Verursachern dieses Zusammenbruchs, den Monopolherren mit diesen Geldern wiederum unter die Arme zu greifen.

Während heute Zwangssparen, Stabilitätsabgabe und Steuererhöhungen damit getarnt werden, dass sie den Preissauftrieb dämpfen sollen, während in Wirklichkeit der Staat diese Gelder den expandierenden Monopolen in den Rachen wirft, soll später, wenn der Boom vorbei ist, wiederum vom Staat den Monopolen Geld zugeschustert werden. Dann heisst es, man muss die Monopole stützen damit sie ihre Werke nicht dicht machen, damit die Arbeitsplätze (Vollbeschäftigung) erhalten bleibt.

Das zeigt ganz klar, dass dieser Staat nur einen Zweck kennt, mit allen Mitteln dieses kapitalistische System zu erhalten, das auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, wo Profit und Privateigentum zur heiligen Kuh erklärt sind.

Zur Beseitigung von Ausbeutung, Unterdrückung, gegen Krisen, Arbeitslosigkeit und Inflation gibt es nur einen Ausweg, die Machtergreifung der Arbeiterklasse. Sie bindet keinerlei Privateigentum an Produktionsmitteln an dieses System, sie leidet unter der schärfsten kapitalistischen Ausbeutung.

Die Arbeiterklasse, die die eindeutige Mehrheit der Bevölkerung der BRD bildet, unterliegt einer breiten Organisiertheit in den riesigen Werken der westdeutschen Industrie. Sie allein besitzt die Kraft, sich aus Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien; ihr Wille dazu wächst täglich; sie drängt spontan zum Sozialismus. Es ist die Aufgabe von uns Kommunisten, die Arbeiterklasse im Sinne der gewaltsamen Revolution zu erziehen, mit ihr den kapitalistischen Ausbeuterstaat zuzerschlagen und den Sozialismus aufzubauen.

Sozialismus heisst Planwirtschaft. Hier wird nicht davon ausgegangen, was bringt den grössten Profit, also was nützt dem einzelnen Kapitalisten, sondern davon, welche Waren, Maschinen usw. sind für die Gesellschaft am notwendigsten, wovon haben alle den grössten Nutzen. Im Sozialismus wird die gesamte Wirtschaftsentwicklung auf Jahre vorausgeplant.

Da wird die Produktion der einzelnen Werke miteinander abgestimmt, wenn z.B. ein Stahlwerk ausreichend Stahl zu Rohren verarbeitet, dann wird ein anderes auf andere Stahlprodukte umgestellt. Es gibt nicht mehr die Konkurrenz, die heisst, dass sich zwei Konkurrenten gegeneinander zu Tode produzieren, in kurzer Zeit, weil es profitabel ist, mehr Waren auf den Markt zu werfen als dieser benötigt, und danach mangels Absatzmärkten ganze Werke und tausende von Arbeitsplätzen zu zerstören. Es gibt keine Arbeitslosigkeit, keine Krise, keine Inflation.

Sozialistische Planwirtschaft heisst, dass die Arbeitsstelle eines jeden eingeplant ist, und dass er dort Produkte schafft, die der ganzen Gesellschaft zugutekommen, weil sie in deren Sinne eingeplant sind.

Sozialistische Planwirtschaft heisst, die Arbeit des einzelnen bekommt einen Sinn für ihn selbst, weil er sich als Bestandteil dieser Gesellschaft begreift, der diese Arbeit auch wieder zugutekommt, im Gegensatz zum Kapitalismus.

Die Errichtung des Sozialismus, der Diktatur der Arbeiterklasse, der führenden Klasse im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung heisst, ständiges, kontinuierliches Voranschreiten zum allseitigen, materiellen und geistigen Wohle des ganzen Volkes.

- Anzeige -

ROTE HILFE Dortmund

Unter dem Titel "Nach dem Breschnew-Besuch bei Brandt: 1000 Verhaftete fordern FREIHEIT! Schluss mit dem Polizeiterror!" bringt die ROTE HILFE Dortmund eine 24-seitige Dokumentation in Quartheftformat über den massiven Polizeieinsatz in Dortmund anlässlich des Friedens- und Freundschaftsbesuches von Leonid Breschnew bei seinen politischen Freunden in Bonn. Augenzeugen und Betroffene berichten, wie die Polizei wahllose Demonstranten und Passanten zusammenschlug, verhaftete und teilweise über 38 Stunden unter unmenschlichen Bedingungen festhielt. Die Berichte zeigen aber auch: Wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand. Das Vorgehen der 'Ordnungs'hüter bewirkte bei den Betroffenen ein hohes Mass an Solidarität und entschlossenen Widerstand, gerade auch in der Haft, wo durch das geschlossene Auftreten der Häftlinge der Polizei zahlreiche Zugeständnisse abgetrotzt wurden, so insbesondere die Zurückweisung jeglichen Versuchs, sog. "Rädelsführer" einer Sonderbehandlung zu unterwerfen.

Bestellungen der Broschüre sind zu richten an Klaus Dillmann, 46 Dortmund" Lagerhausstr" 9. Preis: 58 Pfennig, ferner: Porto, einzuzahlen auf das Konto 3662993 Stadtsparkasse Dortmund (Konto der Roten Hilfe Dortmund).

i.A. des Vorstandes
KD

SOLIDARITÄT SIEGT!

ROTE HILFE DORTMUND

● Nach dem Breschnew-Besuch bei Brandt:

1000 VERHAFTETE FORDERN:

FREIHEIT!



Schluß mit dem Polizeiterror!

Revisionistisches

OHNE DOLLARS KEIN 'SOZIALISMUS'!

Um zu rechtfertigen, dass die SU den Anforderungen der CSSR-Wirtschaft nach mehr Roh- und Brennstoff nicht nachkommen kann, klagte der sowjetische Botschaftsrat Semjonow in der tschechischen Zeitung 'Svoboda': "Wir unternehmen alle Anstrengungen, um das Roh- und Brennstoffproblem durch ein System von Kreditbeteiligung jener Länder zu lösen, die am Aufbau unserer Roh- und Brennstoffbasis interessiert sind, da die Sowjetunion dieses Problem nicht aus eigener Kraft lösen kann."

Wahrhaftig! Sie reissen alle Tore auf, damit westliches Kapital die Bodenschätze vor den Augen der sowjetischen Arbeiter mit Milliardenprofiten ausbeutet.

Svoboda: "Das Schicksal des gesamten sozialistischen Systems hängt von der Lösung des Roh- und Brennstoffproblems ab."

Der 'Aufbau des Sozialismus' hängt also vom westlichen Kapital ab.

Es zeigt sich, wie verrottet die SU-Wirtschaft und ihre neue Bourgeoisie ist. In China und Albanien vertraut man auf die eigene Kraft! Nur so wird der Sozialismus aufgebaut!

KORRUPTION NIMMT ZU

Weil Korruption und Betrug der Wirtschaftsfunktionäre in der UdSSR immer grösseren Umfang annehmen, sah sich das sowjetische Gewerkschaftsblatt 'Trud' gezwungen, einige kleinere Fälle zuzugeben. In Kirowakan, wo mehrere Funktionare sich private Luxusvillen bauen liessen, hatte der Verwaltungschef eines Bautrusts eine Traumvilla von 250 qm Fläche errichten lassen.

Woanders liess ein Funktionär mit Spenden ein 'Betriebserholungsheim' bauen. Ausser Funktionären kommt allerdings sonst keiner in das Haus. 'Trud' stellt dazu fest, dass manche Wirtschaftsfunktionäre "das Gefühl von Bescheidenheit" verloren haben.

Wohl ein diskreter Hinweis, den Betrug nicht zu offen zu betreiben.

JUDASKUSS

Genossen von Klöckner/ Bremen fuhren nach der Solidaritätsdemonstration für Genossen Ernst Aust, der am folgenden Tag vor Gericht stand, nach Hause. Eine ältere Dame kam ins Zugabteil und berichtete, sie sei aus der DDR, worauf sich sofort eine Diskussion über die Ausbeutersysteme 'hüben und drüben' entspann.

Die Frau, die mit 78 Jahren noch zwei Nachtwachen in der Woche als Krankenschwester machen muss, um von den 270.– DM Rente leben zu können, erzählte dabei einen Witz, der in der DDR geläufig ist und die Korruptheit der SED-Bonzen geisselt:

"Warum ist der Bruderkuss bei der Begrüssung zwischen Parteioberen in der DDR noch so gebräuchlich? – Weil sie sich dabei leichter ins Ohr flüstern können: Hast was mitgebracht? Hast was mitgebracht?'"

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION

Brandt in Jerusalem:

Den Kriegstreibern den Rücken gestärkt

''Barmherzig und gnädig ist der Herr. Geduldig und von grosser Güte. Er wird nicht immer hadern noch ewig Zorn halten.'' Die feierlichen Worte des 103. Psalms vor dem Mahnmal Yad Waschem in Jerusalem, das an die während des NS-Systems ermordeten Juden erinnert.



Der Psalmenleser ist allerdings kein Religionsphilisoph. Es ist der Vertreter des westdeutschen Imperialismus, Willy Brandt. Hinter grossen staatsmännischen Posen als der Aussöhner und Friedensbringer, hinter 'erhabenem' Pathos besorgt er die durchaus irdischen, gar nicht besonders 'erhabenen' Interessen der westdeutschen Konzerne und Banken. Der gleichen übrigens, die den Hitlerfaschismus finanziert haben.

Was tut's? Seine Gastgeber in Israel sind auch ganz anders, als ihre rührige Propaganda sie darstellt. Sie gefallen sich in der Rolle der Überlebenden von Treblinka, Ausschwitz und der Warschauer Ghetto-Kämpfer von 1943. In Wahrheit sind die massgeblichen Politiker, Finanzherren, Militärs Israels knochenharte Unterdrücker, Kolonialisten, imperialistische Kriegstreiber. Typisch faschistischer Herrenmenschenwahn, Rassenhochmut, Sendungsbewusstsein – keine NS-Standardidee ist dem israelischen Zionismus fremd.

Im Klartext steckt hinter den Reden Brandts und der israelischen Offiziellen etwas anderes als 'die Greultaten der Nazizeit, die wir nicht ungeschehen machen können' usw. Wie wir im letzten ROTEN MORGEN berichteten, reissen sich die Imperialisten der ganzen Welt um die Riesenprofite im Ölgeschäft.

Israel nimmt nun im ganzen Vorderen Orient eine Schlüsselposition ein. Die Erdölproduktion Israels ist zwar unbedeutend (kleinere Erdölfelder auf der 1967 eroberten Sinai-Halbinsel), der Zionistenstaat stellt aber dank US-Rüstungslieferungen und Kapitalinvestitionen, 'Wiedergutmachungsleistungen' aus der Bundesrepublik in Höhe von nunmehr 14 Milliarden DM und Kapitalspritzen jüdischer Kreise der internationalen Hochfinanz, den stärksten militärischen Faktor im ganzen Nahen Osten dar.

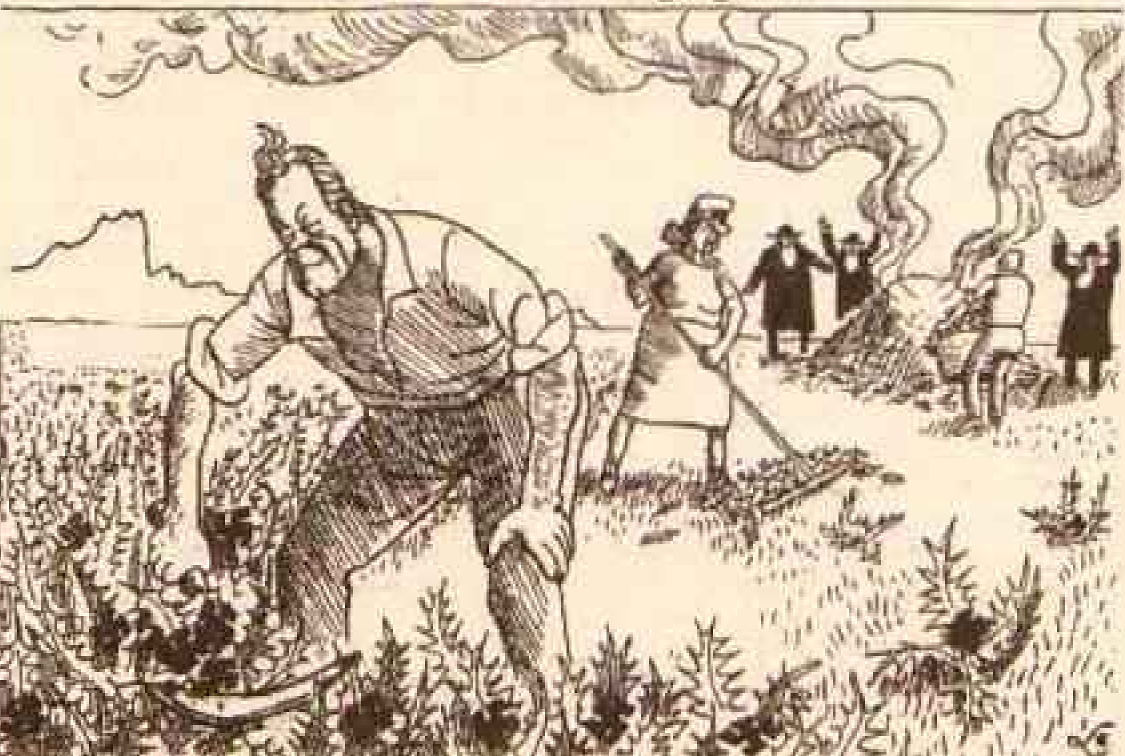
'Friedenswilly' Brandt will sich bei seinem Besuch in Jerusalem also der militärischen Kraft Israels beim Kampf um die Ölgebiete versichern. Die Zionisten suchen Anschluss an die Europäische Gemeinschaft, um ihre kostspielige Rüstungs- und Eroberungs politik finanziell besser absichern zu können. Bonn ist Hauptfürsprecher in der EG für den Wunsch Israels nach einer Freihandelszone der Mittelmeerländer und leistet über die 'Wiedergutmachungsleistungen' hinaus gerade wieder eine finanzielle Hilfe von jährlict 140 Millionen DM an Israel.

Zusätzlich zu den bereits an Israel geleisteten 'Wiedergutmachungszahlungen' in Höhe von 17,6 Millarden DM erwartet Jerusalem noch weitere 12,6 Milliarden DM aus Bonn. Das Geld deutscher Steuerzahler wird von der zionistischen Kriegsmaschine dringend benötigt, aus den arabischen und jüdischen Arbeitern und Bauern lässt sich kaum noch etwas herauspressen, die Steuerschraube ist schon überdreht.

Bonn soll auch einen verstärkten Druck auf die DDR ausüben, damit die herrschenden Kreise in Israel auch von dort Reparationszahlungen einstecken können. (s. RM Nr. 2/73). Brandt hat schliesslich seine Vermittlerdienste zwischen der Sowjetunion und Israel angeboten. Israel ist nämlich sehr daran gelegen, dass die Sowjets zionistisch orientierte Juden nach Israel auswandern lassen, für ihre dauernden Kriege und noch weiterreichenden Planungen können sie gar nicht genug Kanonenfutter haben.

Das sind die 'besonderes Beziehungen' zwischen Israel und Westdeutschland, auf die die zionistischen Politiker anspielen.

Ein Kibbuz namens Vergangenheit



So will die bürgerliche Presse den Israelbesuch von Willy Brandt darstellen. In Wirklichkeit vertritt heute 'Friedenswilly' dieselben aggressiven westdeutschen Monopole, die einst auch die Politik der Nazifaschisten bestimmt haben. Auch Golda Meir, die Hohe Priesterin des Zionismus, repräsentiert heute die israelischen Herrenmenschen, die zur Aufrechterhaltung ihres Regimes in Nahost sich der Methoden der Nazis bedienen.

BRD-IMPERIALISTEN RAUS AUS SÜDAFRIKA !

In den letzten Wochen reisten gleich zwei westdeutsche Politiker nach Südafrika – Franz-Josef Strauss und Möller, der ehemalige Finanzminister der Bundesregierung. Möller reiste im Auftrag eines westdeutschen Konzerns, um über den Bau einer Werft und einer Munitionsfabrik zu verhandeln und um gleichzeitig im Namen Brandts mitzuteilen, dass die Bundesregierung gedenke, nach ihrem UNO-Beitritt auch die Beschlüsse der UNO nicht einzuhalten. Auch weiterhin wird die BRD als einziges Land in der Welt ihr Konsulat in Namibia aufrechterhalten, auch weiterhin wird die Bundesrepublik mit den rhodesischen Rassisten Handel treiben.

Gleichzeitig verurteilen beide die 'Terrororganisationen' in Südafrika. Strauss: 'Gerade wir Deutschen, die eine nicht ganz makellose Vergangenheit haben, sollten jetzt wirklich nicht den Tugendwächter und Sittenrichter spielen ...'

Die Liebe der westdeutschen Imperialisten zu Vorsters faschistischem Regime, ihr Hass gegen die Befreiungskämpfer kommt nicht von ungefähr. Nach Grossbritannien, dem mehr als 500 Firmen im südlichen Afrika gehören, beuten vor allem westdeutsche Firmen afrikanische Bodenschätze und Arbeitskräfte aus.

Einer der grössten im Geschäft ist Krupp. Die Krupp AG erwarb 1960 das Recht zur Ausbeutung aller Bodenschätze (mit Ausnahme von Diamanten, Erdöl, Bitumenprodukten und Kohlenwasserstoff). Mit diesem Vertrag hat die Firma Krupp das Monopol auf Förderung und Transport sowie die Finanzierung der Anlagen. Cassinga, eines der reichsten Erzlager Afrikas gehört den alten Kanonenkönigen. 15000 Tonnen Erz werden dort täglich gefördert. Inzwischen wurden die Schürfungsrechte des Konsortiums, dem auch Krupp angehört, beträchtlich erweitert – auf 277000 qkm, ein Gebiet, grösser als die Bundesrepublik Deutschland.

Die Krupp-Herren sind nicht die einzigen, die aus dem Reichtum Südafrikas ihren Profit schlagen. Neben ihnen jagen Klöckner, Bayer-Leverkusen, Otto Wolf, Zoellner, westdeutsche Metall- und Urangesellschaften nach afrikanischen Erzen. Das grösste Kupferbergwerk der Welt, Phalaborwa in Südafrika, gehört zum Beispiel einer Gruppe Deutsche Bank/ Metallgesellschaft Degussa.

Die westdeutschen Imperialisten schreiben selbst in der Zeitschrift Wehrkunde: " ... Die Abhängigkeit der BRD von der Dritten Welt für die meisten versorgungswichtigen Rohstoffe (liegt) bei nahezu 100%. Bereits eine länger andauernde Störung der Rohstoffversorgung birgt deshalb die Gefahr eines wirtschaftlichen und auch politischen Zusammenbruchs der BRD." (Wehrkunde 9/69)

Die Tatsache allein würde erklären, warum auch die westdeutschen Kapitalisten durch den stürmischen Aufschwung der Befreiungsbewegungen in allen Teilen des südlichen Afrikas in Angst und Schrecken geraten.

Dazu kommen aber noch die Interessen der rund 1100 westdeutschen Grossgrundbesitzer, dazu kommen die Interessen der westdeutschen Fertigungsfirmen, die den afrikanischen Arbeitern noch nicht einmal das Existenzminimum zahlen. **Bei Daimler-Benz verdient zum Beispiel ein Arbeiter 91 Pfg. – pro Tag.** So tragen die westdeutschen Kapitalisten zusammen mit anderen ausländischen Ausbeutern die Hauptschuld daran, dass im südlichen Afrika rund 80% der Kinder unterernährt sind. Ein afrikanischer Arbeiter einer britischen Fabrik sagte einem Journalisten von 'The Guardian': 'Mein Kind liegt im Sterben, ich kann keine Milch kaufen, um es zu ernähren. Dazu müsste ich mehr verdienen.'' Wozu der betreffende Unternehmer meinte: 'Ich kaufe viel Milch für meine Hunde, was sie übriglassen, gebe ich meinen Bantus.'

Aber der Mensch lässt sich so nicht behandeln, schlimmer als das Vieh. Das bekamen auch die in- und ausländischen Herren im südlichen Afrika zu spüren.

Nachdem die Befreiungsbewegungen von Angola, Mozambique und Guinea-Bissao inzwischen schon den grössten Teil der Gebiete beherrschen, wächst der Widerstand auch in Rhodesien und in der Südafrikanischen Republik. Seit Beginn dieses Jahres waren dort mehr als 160 Streiks zu verzeichnen. Wiederholt wurde gegen das faschistische Rassistenregime protestiert. Das Vorster-Regime schaltet auf 'liberal'. 'Schwarze sind auch Menschen mit einer Seele,' entdeckt Vorster und gesteht den schwarzen Arbeitern ein beschränktes Streikrecht zu.

Wieviel von dieser neuen demokratischen Maske zu halten ist, zeigt die Tatsache, dass gleichzeitig immer offener der Kampf für eine faschistische Diktatur über den gesamten Süden Afrikas gefordert wird. 'Zurückschlagen wie Israel' schreit so schon der frühere Oberkommandierende der südafrikanischen Streitkräfte, Melville. Pläne, die sich natürlich genau mit denen der westdeutschen Imperialisten decken. Schon 1966 sagt Strauss als Vertreter der westdeutschen Imperialisten

"Die Bundesregierung sollte ihre Möglichkeiten nutzen ... das Verhältnis zwischen den schwarzen Staaten und Südafrika zu verbessern ".. im Sinne eines grossen Wirtschaftskooperativs, das (ausser Südafrika) Südwest(afrika), Rhodesien, die portugiesischen Überseegebiete und einige schwarze Staaten umfassen konnte." (Welt, 11.5.66)

Wie dieses Eldorado der Imperialisten zu sichern sei, darüber lassen sie selbst keinen Zweifel: Über Private Söldnertruppen wie sie Krupp in Angola besitzt, über Bundeswehrhilfe, wie beim misslungenen Putsch gegen die Unabhängigkeitsregierung in Guinea 1970, über die Unterstützung der südafrikanischen, rhodesischen und portugiesischen Rassisten und natürlich auch über die NATO-Truppen dort. (siehe auch NATO-Ring um Afrika, RM Nr.5/73) Fortsetzung folgt



160 Streiks in Südafrika in diesem Jahr künden von der Krise des Regimes. Unser Bild: VW-Arbeiter beim Streik.



Afrikanische Freiheitskämpfer studieren den Lageplan.

Vietnamspenden:

Nur noch 6805,-DM fehlen

25.5.	Osterskat in Kassel	019,–
28.5.	Kunden des Thälmann-Buchladens, Kiel	030,–
	Zelle Borsig (bisher eingezahlt)	198,92
	5,– DM im Wohnhaus	
	25,– DM unter Freunden und Verwandten	
	87,– eigene Spende	
	250,-DM ehemalige ZB-Zelle bei Borsig mit der Betriebszeitung 'Roter Schweissbrenner'	
	448,92	
29.5.	J.D.K., Kiel (aus Hausratversteigerung)	252,45
04.6.	Stadtteil Kreuzberg, Westberlin	165,–
05.6.	B.K.	025,–
	Würzburg	050,–
	Westberlin	050,–
06.6.	OG Kiel	495,–
	Symp. aus Kiel-Gaarden	400,–
07.6.	C.K.	175,–
	Insgesamt:	1 860,37
	Bisher gespendet:	21 314,63
	Macht zusammen:	23 195,–

Die modernen Revisionisten : Wegbereiter des Faschismus !

Der Klassenkampf verschärft sich. Verstärkte politische Unterdrückung, Faschisierung des Staatsapparats heisst die Antwort der Bourgeoisie auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung und die revolutionäre Gärung im ganzen Volk. Die Fronten klären sich.

Für breitere Teile der Arbeiterklasse wird der Trennungsstrich zwischen revolutionärer Linie und der Linie des Arbeiterverrats, zwischen Marxismus-Leninismus und modernem Revisionismus deutlicher; gerade auch in der Frage: Wie ist der Kampf gegen die Faschisierung zu führen?

Es ist kein Zufall, dass sich der Widerstand in den Reihen der D'K'P-Anhänger gegen die bürgerliche Führung gerade jetzt verstärkt, und bis zum Austritt ganzer Ortsgruppen geht. Auslösendes Moment ist dabei die Haltung der D'K'P-Führung zur gegenwärtig verstärkten Verfolgung der Marxisten-Leninisten. Die UZ schreibt dazu:

"Es kann jedoch keine Solidarität mit jenen Gruppen geben, die durch ihr provokatorisches Treiben und terroristische Akte der Arbeiter- und demokratischen Bewegung schaden und allein dem Gross- und Rüstungskapital und seinen Scharfmachern in die Hände arbeiten."

Für jeden Arbeiter ist es eine reale Erfahrung des Klassenkampfes, dass im Kampf gegen den Ausbeuter zusammengehalten werden muss, dass Solidarität gegenüber dem Klassenfeind geübt werden muss, auch dann, wenn unter den Kollegen noch verschiedene politische Auffassungen und Parteizugehörigkeiten bestehen.

Für Kommunisten ist es klar, dass die D'K'P-Führer als die übelsten Handlanger der Kapitalistenklasse in der Arbeiterbewegung nicht solidarisch mit Revolutionären sein können. Aber vielen ehrlichen Menschen, die noch Illusionen über die D'K'P hatten, hat die Weigerung der D'K'P-Führung, sich auf die Seite der vom Staatsapparat Verfolgten zu stellen, gezeigt, .., auf welcher Seite der Barrikade in Wirklichkeit die D'K'P steht: Auf der Seite des Klassenfeindes.

Die Haupttendenz: Revolution !

1968: Zehntausende Arbeiter, andere Werktätige, Jugendliche demonstrieren gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze durch das Bonner Parlament. In einzelnen Betrieben kommt es zu Proteststreiks, viele Universitäten und Schulen sind lahmgelegt. Damals zeigte sich spontan, wie stark im deutschen Volk noch die Erinnerung an die faschistische Vergangenheit ist, wie wachsam jede Entwicklung des bürgerlichen Staates auf ein neues 1933 verfolgt wird.

Heute ist die Entwicklung fortgeschritten. War 1968 zwischen Revisionismus und Kommunismus in der Arbeiter- und Jugendbewegung noch nicht so klar gezogen,so wird heute am 1.Mai wieder in vielen Städten für die Diktatur des Proletariats demonstriert, nehmen selbständige und militante Kampfaktionen der Werktätigen, Bauern und Studenten an Zahl und Breite zu. Dem entspricht auch die Entwicklung der Kampfbewegung gegen die politische Unterdrückung: 10 000 Hoescharbeiter kämpften für die Wiedereinstellung von 8 Kollegen, der Kampf gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse verbreitert sich. Zehntausende protestieren und demonstrieren gegen die Ausländergesetze, gegen das Berufsverbot, gegen das staatliche Ordnungsrecht an den Universitäten, gegen die bürgerliche Klassenjustiz. Die Hetze und Verbotsvorbereitungen gegen revolutionäre Organisationen erreicht das Gegenteil der Absichten des Feindes: Der Marxismus-Leninismus bricht sich weiter Bahn.

Warum verstärkte Faschisierung ?

Auf die Frage, warum Terror und Unterdrückung des Ausbeuterstaates zunehmen, kann es nur eine Antwort geben: Es ist die Reaktion der herrschenden Klasse auf das Anwachsen der revolutionären Bewegung.

'Imperialismus bedeutet Reaktion auf der ganzen Linie', sagte Lenin. Und er bewies die reaktionäre Herrschaftsform der Bourgeoisie im Zeitalter des Imperialismus aus der Tatsache, dass sie verzweifelt gegen ihren unvermeidlichen Untergang kämpft, weil in dieser Epoche der Vorabend der sozialen Revolution angebrochen ist.

Nichts ist den Revisionisten unangenehmer, als diese Tatsache, verlieren sie doch durch die Revolution **ihre Aussichten auf Teilhaben an der imperialistischen Staatsmacht und** ihre gutbezahlten Posten als Abwiegler und berufsmässige Arbeiterverräter. Daher verdrehen sie die tatsächliche Entwicklung des Klassenkampfes:

Nicht die Arbeiterbewegung sei die treibende Kraft der Entwicklung, nicht deren revolutionärer Zusammenschluss; umgekehrt vielmehr stellen sie die Arbeiterbewegung dar als im ständigen Abwehrkampf gegen die reaktionären Angriffe. Das heisst: Haupttendenz ist Reaktion. Die Erhaltung bzw.'Reform' der bestehenden Rechte und Freiheiten wird zum Endziel der Arbeiterbewegung erklärt. Die Revolution, auf die der Kampf sich in Wirklichkeit hinbewegt, wird gestrichen. Das Bestehende verteidigen, die Ausbeuterklasse – die Stück für Stück die bürgerlichen Rechte zerreisst – mit dem bürgerlichen Recht bekämpfen, nur nicht den Boden des Rechtsstaates verlassen – so hoffen die Revisionisten, die Arbeiterbewegung vom Klassenkampf abzuhalten.

Der Abbau der demokratischen Rechte

Wer glaubt, die Revisionisten würden nun – wenn nicht wie Kommunisten für die Revolution – so doch wenigstens als gute Demokraten und fortschrittliche Menschen um die Erhaltung demokratischer Rechte kämpfen, der sieht sich schwer getäuscht:

Wie haben sie noch vor 5 Jahren gegen die Notstandsgesetze gewettert! Mit der gleichen Entrüstung, mit der damals gegen den 'Neofaschismus' in der BRD gewettert wurde, werden heute alle Verbotsandrohungen der Bourgeoisie damit zurückgewiesen, dass die D'K'P ja auf dem Boden des Grundgesetzes (also auch auf dem Boden der Notstandsgesetze) stehe. Entscheidend aber ist, dass die Revisionisten sich deshalb an die Spitze der spontanen Bewegung setzen, um sie in ein reformistisches Fahrwasser zu locken. Wie geschieht das?

Die 'antidemokratischen Massnahmen' einzelner Politiker oder einer Regierung oder des 'Rechtskartells' werden von den Revisionisten angeprangert, dabei wohlweislich verschwiegen, dass diese Politiker, Regierungen, dieses Parlament usw. insgesamt Instrumente der Klassenherrschaft des Kapitals sind. So verbreiten die Revisionisten die Hoffnung, mit der Abwahl dieses oder jenes Politikers oder der jeweiligen Regierung könne der Prozess der Faschisierung verhindert werden. So lenken sie die Bewegung ab vom revolutionären Klassenkampf auf die Geleise des Wahlschwindels. "Stoppt die Strauss und Barzel!" – wie im Wahlkampf die D'K'P tönte.

Für breite Teile der Bevölkerung entlarvt sich dieser Schwindel immer mehr: Die angeblich so friedfertige und demokratische SPD/FDP-Regierung treibt die Faschisierung des Staatsapparats heute rascher denn je voran.

Nicht anders in Betrieb und Gewerkschaft.

wo die D'K'P den Ausschlussterror der DGB-Bonzen mit betreibt. Sie versucht gleichzeitig, die oppositionelle Bewegung mit der Forderung nach 'mehr Demokratie' auf die Abwahl



Vier Jahre vor der Machtergreifung des Hitlerfaschismus wurde die verbotene 1.Mai-Demonstration in Berlin niedergeschossen. Damals wie heute rechtfertigte die Bourgeoisie ihren Terror: Kriminelle, der Mob marschiert auf der Straße. Damals ließ die SPD auf die Arbeiter schiessen, heute ist es die D'K'P, die scharfe Maßnahmen gegen die Kommunisten fordert.

besonders vernasster Bonzen zu orientieren und dadurch die Tatsache zu verschleiern, dass dieser DGB-Apparat fest in der Hand des Kapitals ist und weder 'erobert' noch demokratisiert werden kann.

'Mehr Demokratie in Betrieb und Gesellschaft', so stellt die D'K'P die Kampfperspektive der Arbeiterklasse dar. Zurückdrängung des 'antidemokratischen Einflusses der Monopole' – so verdunkeln die Revisionisten die wirkliche Kampfperspektive:

Stalin: "Man muss ihn (den Sieg des Faschismus) auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie betrachten, als ein Zeichen dafür, dass die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen und in Anbetracht dessen gezwungen ist, in der Innenpolitik zu terroristischen Regierungsmethoden zu greifen..."

Bürgerliche Demokratie heisst nicht ständige Demokratisierung der Gesellschaft. Umgekehrt: Die demokratischen Rechte und Freiheiten, die die Arbeiterklasse in langen Schlachten erkämpfte, werden Stück für Stück ausser Kraft gesetzt.

Die herrschende Klasse verdeckt ihre Diktatur und Faschisierung lediglich mit einem demokratischen Mäntelchen,um diesen Prozess der Faschisierung voranzutreiben. Diese bürgerliche Demokratie geht daher ständig mit dem Faschismus schwanger.

Indem die D'K'P die Zurückdrängung der Macht der Monopole von ihrem eigenen Staatsapparat als Ausweg vorgaukelt, will sie den revolutionären Ausweg, die notwendige gewaltsame Zerschlagung dieser Staatsmacht sabotieren. Für die Arbeiterklasse gibt es aber keine andere Moglichkeit. Imperialistische Räuber, die um ihrer Profitinteressen willen selbst nicht vor Kriegen zurückschrecken, treten niemals freiwillig ab.

Je mehr sie ihre Macht durch die revolutionäre Arbeiterbewegung bedroht sehen, desto mehr greifen sie zu offenem Terror und als letztem Ausweg zum Faschismus.

An der Ausrichtung auf die sozialistische Revolution ändert sich auch nichts, wenn die Gefahr einer faschistischen Machtergreifung aktuell wird, oder wenn es gilt, für den Sturz des Faschismus zu kämpfen.

Nach wie vor gilt die Weisung des 7. Weltkongresses der Kommunistischen Internationalen von 1935:

"Für die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten und der Errungenschaften der Werktätigen gegen den Faschismus kämpfend, entwickelt das revolutionäre Proletariat seine Kräfte, festigt die Kampfverbindungen mit seinen Bundesgenossen und richtet den Kampf auf die Eroberung der wirklichen Demokratie der Werktätigen, der Sowjetmacht."

Wenn die Bourgeoisie die Faschisierung vorantreibt, ist das ein Zeichen ihrer Schwäche gegenüber dem revolutionären Klassenkampf. Diese Schwäche der Bourgeoisie müssen wir zum weiteren Vorstoss in Richtung Revolution ausnutzen.

Dieser Kampf kann die demokratischen Rechtspositionen **ausnutzen**, er kann aber nicht auf ihnen **aufbauen**. Der Bruch der bürgerlichen Legalität, der gegen das Proletariat gerichteten Gesetze und Gewerkschaftsstatuten usw. ist notwendig, werden diese Gesetze doch geschaffen, um den revolutionären Kampf zu unterdrücken.

Die Organisierung des revolutionären Proletariats findet also nicht auf der Grundlage der bürgerlichen Legalität statt.

Wir nutzen die im Grundgesetz zugestandenen Rechte und wir werden für die Verankerung weiterer Rechte kämpfen, ohne jemals zu verwischen, dass diese Gesetze zum System der Ausbeuterherrschaft gehören und dass wir nicht auf sie bauen.

Unsere Partei, als führender Kampfstab des Proletariats, verteidigt die Möglichkeiten, heute noch legal aufzutreten, beschränkt sich jedoch nicht auf diesen Rahmen.

'So illegal wie notwendig, so legal wie möglich', diese Richtlinie gab Lenin für die bolschewistische Partei, die im Feuer des Klassenkrieges ihre Existenz vor dem Angriff der Konterrevolution erhalten will.

Die offen konterrevolutionären Schläge der Bourgeoisie offenbaren die Gewalt, die hinter allen demokratischen und friedlichen Fassaden der Kapitalsherrschaft steckt. Das Ablegen dieser Fassade zeigt auch der Arbeiterklasse in ihrem Kampf, dass die Anwendung der revolutionären Gewalt die einzige Sprache ist, die die herrschende Klasse versteht.

Die Revisionisten verkehren diese Tatsache in das Gegenteil, indem sie behaupten, die revolutionäre Gewalt beschwöre den Faschismus herauf. Mit der Parole: 'Nur nicht provozieren!' schickte der ADGB (Vorgänger des DGB in Weimar) die Gewerkschaftsmitglieder auf die Maiversammlungen der NSDAP 1933. Am nächsten Tag wurden die Gewerkschaftshäuser von der SA besetzt.

Wie damals die SPD, so bereitet heute die bürgerliche Agentur in der Arbeiterbewegung, die Partei der modernen Revisionisten, die D'K'P, dem Faschismus den Weg: Indem sie systematisch versucht, das Proletariat ideologisch, politisch und organisatorisch zu entwaffnen.

– Durch die Verbreitung der Ideologie der Klassenharmonie, des friedlich werdenden Imperialismus, durch die Einschläferung der Wachsamkeit des Proletariats, durch die Leugnung der revolutionären Rolle des Proletariats;

– Durch die Orientierung der Arbeiterklasse auf den Verteidigungskampf um das Bestehende: Die bürgerliche Demokratie, in der das Schwert des Faschismus wie ein Damoklesschwert über der Arbeiterklasse schwebt. Durch die Verhinderung des Kampfes gegen die wachsende Faschisierung, im Zurückzerren des Kampfes auf die bürgerliche Legalität.

– Durch die Orientierung der Arbeiterklasse auf Organisationen, die auf der Grundlage des morschen Bodens der bürgerlichen Legalität beruhen.

Stürmt das Proletariat vorwärts, werden die Revisionisten verstärkt von der Bourgeoisie zu Hilfe gerufen und offener zur Niederhaltung des revolutionären Kampfes eingesetzt. Dadurch tritt aber auch der reaktionäre Charakter der D'K'P offener hervor. Sie stimmt nicht nur ein in den Chor der antikommunistischen Hetze, sondern fordert direkt Massnahmen gegen die Kommunisten, gegen die revolutionären Kräfte, bis zum Verbot. Sie tritt auf als Sturmtrupp der Konterrevolution von der Denunzierung fortschrittlicher Gewerkschafter bis zum Schlägerangriff auf Kommunisten, wie das heute bereits oft genug durch D'K'P-Funktionäre gegen unsere Parteigenossen praktiziert wird.

Es ist kein Zufall, dass kurz nach der Verabschiedung der Notstandsgesetze – ausgearbeitet im Bonner Innenministerium – die D'K'P zugelassen wurde, vom gleichen Innenministerium. Es ist kein Zufall, dass das Verbot marxistisch leninistischer Organisationen während des Breshnew-Besuchs offen vorbereitet wird, während die D'K'P unter Polizeischutz mit Riesenschlagzeilen in der Presse, den Schacher zwischen Brandt und Breshnew in Bonn mit einer Jubeldemonstration begrüsst, werden in Dortmund Bevölkerung und Kommunisten von der Polizei terrorisiert. Hier zeigt sich deutlich, wie die Fronten verlaufen. Die D'K'P steht auf Seiten des Klassenfeindes.

(Fortsetzung folgt)

Auch vor Gericht: Kumpanei von Betriebsräten und Polizei

Dienstag, 5. Juni. In Bochum stehen die Genossen O. und B. vor Gericht. Ihr "Verbrechen": Sie haben angeblich Betriebsräte der Hasper Hütte in Hagen beleidigt, weil sie anlässlich der Stillegung des Klöckner Werkes in Hagen Hasper in der Betriebszeitung 'Roter Stahlkocher" der ehemaligen GRFB diese Herren als "Verräter", Achtgroschen Jungen und "Spitzel" bezeichnet haben, und weil sie Aufklärung verlangt hatten darüber, ob die Herren für 350 DM im Monat bezahlte Polizeispitzel gewesen sind, wie es in einem Leserbrief an die Betriebsleitung behauptet worden war.

Der Angeklagte und die ca 30 Freunde und Genossen liessen sich durch die zahlreichen Zivilbullen und das Polizeiaufgebot, das sorgfältig im Gerichtsgebäude versteckt war, nicht einschüchtern. In seiner Eingangserklärung zeigte der Genosse B. den Verrat der Betriebsräte auf. Trotz Kampfbereitschaft der Klöckner Arbeiter, trotz einer grossen Demonstration 1971 gegen die Stilllegung beschloss der Betriebsrat Anfang 72 allein den Weg der Verhandlungen zu gehen und keine Demonstrationen unter schwarzen und roten Fahnen mehr zuzulassen. Und als im Betrieb eine Unterschriftensammlung gegen den Betriebsrat lief, hatte er nichts besseres zu tun, als die Werksleitung aufzufordern, dies sofort zu unterbinden und die Entlassung des Kollegen, eines ehemaligen Betriebsrates zu fordern.

Zum Höhepunkt des Prozesses wurde die Zeugenbefragung der Betriebsräte selbst. "Eine Unterschriftensammlung muss genehmigt werden, sonst stört sie den Betriebsfrieden", der Kollege musste entlassen werden, weil er eine Gefahr für den Betriebsfrieden war". "Arbeiterverräter, so was gibt es heute nicht mehr und dieses Wort wird von keinem Arbeiter ausser diesen Kommunisten gebraucht, so Betriebsratsvorsitzender Böhner. **Betriebsrat Bernhard wurde nach seinem Verhältnis zur Polizei gefragt, da er auf einer öffentlichen Versammlung gesagt hatte: 'Ich habe die besten Beziehungen zur Polizei.' Er bekannte: 'Wir sind zu der Veranstaltung gegangen um die Namen der KPD/ML-Leute zu erfahren, die hinter den Zeitungen stecken.' Und weiter: 'Natürlich würde ich bei der Bekämpfung von Kommunisten mit der Polizei zusammenarbeiten, das ist doch ganz selbstverständlich, um diese freiheitliche Grundordnung zu schützen."**

Die Betriebsräte waren es, die in diesem Prozess von den Genossen für jeden Zuschauer ersichtlich auf die Anklagebank gezogen wurden und ihren Arbeiterverrat, ihre niederträchtige Rolle als Büttel des Kapitals unter Beweis stellten. Betriebsrat Heuckeroth rief bei der Befragung entrüstet: 'Ich komme mir fast vor wie ein Angeklagter.' Den mutigen Kampf des Angeklagten mit der Unterstützung der Zuschauer versuchte der Richter durch liberales Gehabe zu unterlaufen. Sein Urteil stand aber schon vorher fest, nur hatte er sichtliche Angst, dies vor den Zuschauern auszusprechen. Deswegen kündigte er kurzerhand das Urteil für drei Tage später an. 600 DM für den Genossen B., 800 DM für den Genossen O., alle Prozesskosten zulasten der Angeklagten und die 'beleidigten' Betriebsräte dürfen auf Kosten der Angeklagten auch noch ihre Westen in der Hagener Tageszeitung reinwaschen. Mit diesem Urteil ging der Richter noch über die Forderungen des Staatsanwaltes hinaus. Ein neuer Hurendienst der Justiz des Kapitals, aber der Kampf für die Freiheit der kommunistischen Agitation und Propaganda geht weiter. Unterstützt die verurteilten Genossen, unterstützt die Fortführung dieses Kampfes! Spendet auf das Konto der ROTEN HILFE-DORTMUND, die die Angeklagten unterstützt: Konto: Klaus Dillmann, Stadtsparkasse Dortmund Konto: **Nr. 00 3662993**

Rote Hilfe/Ostwestfalen gegründet

Die Rote Hilfe/Ostwestfalen ist gegründet und hat mit der Herausgabe der ersten Nummer ihrer Zeitung die Arbeit in Ostwestfalen aufgenommen.

Vorausgegangen war ein Vorbereitungskomitee, in dem Genossen aller kommunistischen Organisationen in Bielefeld und der Hausversammlung des AJZ die Aufgaben der Roten Hilfe diskutierten und in dem die Plattform der Roten Hilfe/Ostwestfalen erarbeitet wurde.

Die Gründung der RH/OW ist ein grosser Schritt vorwärts im Kampf gegen die politische Unterdrückung und den Terror der SPD/FDP-Regierung gegen kommunistische und demokratische Organisationen und fortschrittliche Menschen.

Gerade in den letzten Wochen hat sich der Terror der Polizei und der Justiz gegen fortschrittliche Kräfte in OW verstärkt. Die Polizei leitete allein 158 Verfahren gegen die Jungarbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten ein, die nach der Stürmung des AJZ in Brackwede durch die Polizei, festgenommen wurden. Weiterhin leitete die politische Polizei eine grosse Anzahl von Ermittlungsverfahren gegen Schüler, Lehrlinge und Studenten wegen 'Unterstützung einer kriminellen Vereinigung' ein. Bei über 10 Bielefelder Genossen wurden Anfang dieses Jahres Hausdurchsuchungen durchgeführt, AP-Material und persönliches Eigentum wurde beschlagnahmt, die Eltern jüngerer Genossen wurden eingeschüchtert. Der Genosse Bernd B. wurde aus seinem Wagen geholt, festgenommen und nach Karlsruhe geschleift. Mehrere Prozesse gegen Genossen, die für Flugblätter verantwortlich zeichneten, sind angedroht. Das Demonstrationsverbot wurde auch in Bielefeld schon praktiziert.

Die Aufgaben, die sich die Rote Hilfe/OW stellt, legt sie in ihrer Zeitung dar:

– Kampf gegen Entlassungsterror;
– Hilfe für sitzende Genossen;
– Hilfe für wohnungsuchende Genossen (Kampf gegen Mietterror);
– Unterstützung für Genossen, die beim Bund sind und dort terrorisiert werden; das gleiche gilt für Ersatzdienstleistende;
– Kampf gegen Klassenjustiz, gegen bevorstehende Prozesse;
– Kampf gegen Bullenterror;
– Kampf gegen Gewerkschaftsausschlüsse, Berufsverbote etc.

Rote Hilfe/OW Postscheckkonto Nr. 398789-307 PSchA Hannover L. Probst Kennwort 'Rote Hilfe, Kontakt: jeden Donnerstag 18 Uhr Gaststätte Rasenbank, Heinrichstr. 69

KOMITEE
GEGEN DIE FOLTER IN WESTDEUTSCHEN GEFÄNGNISSEN

(Auszug aus einem Aufruf des Komitees).

"Seit Monaten und Jahren werden Gefangene, deren politische Ziele vertuscht werden sollen, in Isolierhaft gehalten. Nie wurden Gefangene vorher so behandelt. Keinerlei Kontakt zu den anderen Gefangenen, also Einzelhofgang (Hände gefesselt, Extra-Bewachung mit bewaffnetem Posten), Verbot der Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen wie Fernsehen oder Sport, Besuchsverbot von Freunden, Briefverkehr nur mit Behörden und Verwandten, Zensur von Büchern und Zeitungsmeldungen. Das ist noch nicht alles. Jede sonst übliche und tolerierte Kontaktaufnahme unter den Gefangenen wie Unterhaltung von Fenster zu Fenster wird unmöglich gemacht oder bestraft: Dadurch, dass die Nachbarzellen nicht belegt werden, oder dass die politischen Gefangenen einzeln in einem leeren Gefängnistrakt eingesperrt sind, mit Sichtblenden an den Fenstern; und schliesslich: Totale Geräuschabschirmung durch schallisolierte Bauweise der Zellen und Türen.

Diese kalten Methoden sind angelegt, um die politische Identität der Gefangenen zu zerstören. Es fehlt jede Möglichkeit eines Gedankenaustauschs, jede Kontrolle über die eigenen Ideen. Nach mehreren Monaten solcher Isolierung kommt es zu Gedächtnisschwund, Verlust der Aufmerksamkeit, Schlafstörungen, Verlust des Körpergefühls, zu Halluzinationen. So werden die Gefangenen zermürbt und schliesslich reif gemacht für den Zweck der Folter: nämlich Aussagen zu machen und den Widerstand aufzugeben.

...**Gerade in diesen Tagen hat die oberste Justizbehörde die entsprechende Verfassungsbeschwerde der Rechtsanwälte abgelehnt und versucht, die Isolationsfolter zu rechtfertigen. Die Gefangenen selber befinden sich seit dem 8.Mai in einem unbefristeten Hungerstreik, um gegen die Folter und Isolierung zu protestieren. Sie fordern:**

Gleichstellung der politischen Gefangenen mit den übrigen Gefangenen.

Freie politische Information im Gefängnis.

Bisher sind Folter und Hungerstreik verschwiegen worden. Es ist deshalb notwendig, dass sich möglichst viele Menschen gegen die drohende Vernichtung der politischen Identität und des Lebens der Gefangenen einsetzen und durch öffentlichen Protest erreichen:

AUFHEBUNG DER ISOLATIONSFOLTER!

Deshalb werden zur Zeit in vielen Städten der BRD Komitees gegen die Folter gebildet."



RM-REDAKTION: G. Schubert 43 Essen 14 Postfach 36 07

"Liebe Genossen!

...Dem Christian (Semmler) und seiner Gruppe wird ja nicht zum Vorwurf gemacht, dass die 1969/70 im Gegensatz zur KPD/ML noch nicht Sozialimperialismus und DDR-Revisionismus begriffen hatten, sondern dass sie aus dieser Unklarheit heraus auch noch eine eigene Organisation aufgemacht haben.
Auch wenn die KPD/ML noch so viele Fehler hatte, sie oft über Umwege korrigierte, auch heute noch Fehler macht, die im Kampf zweier Linien innerhalb der Partei korrigiert werden auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus und dem Prinzip Einheit – Kritik/Selbstkritik – Einheit, so war und ist es für jeden ehrlichen Kommunisten doch die Pflicht, in diese Partei zu gehen. Und wer dieses Prinzip, eine einzige KP in einem Land, nicht achtet, der spaltet, und das ist eine speziell trotzkistische Manier.

Dass die KPD/ML eine revisionistische Partei ist, das behaupten ja nicht einmal die 'KPD'-Führer. Aber das allein wäre für Kommunisten der einzige Grund, nicht in die KPD/ML einzutreten und eine neue revolutionäre KP aufzubauen.
Es ist eben typisch für kleinbürgerliche Revolutionäre, dass sie ihre 'astreine' KP haben wollen und behaupten, das Entscheidende sei die 'richtige Politik'. Politik und Organisation gehören aber zusammen. Und wer spalterisch organisiert, der macht auch spalterische Politik! Nach diesem 'Prinzip' könnte jede revolutionäre Studentengruppe ihre eigene 'KPD' aufmachen in Konkurrenz zur KPD/ML, anstatt in der KPD/ML bzw. in ihrer Studentenorganisation KSB/ML mitzuarbeiten.

Zur westberliner Praxis der KPD/ML:
Auch wenn viele Fehler gemacht wurden oder werden, so machte auch der 1.Mai deutlich, wer die Partei der Arbeiterklasse ist: 200 Arbeiter reihten sich in den Block der KPD/ML spontan ein.

1969/70, als es die Gruppe 'KPD' noch nicht gab, wurde von der KPD/ML die Kampagne gegen den Abriss des Bethanienkrankenhauses in Berlin-Kreuzberg politisch-ideologisch und organisatorisch geführt. Das war die erste kommunistische Stadtteilarbeit seit Entartung der SED/SEW. Gerade bei dieser Kampagne machten sich aber trotzkistische Einflüsse bemerkbar, die die KPD/ML aufs Wohngebiet, statt hauptsächlich auf die Betriebe ausrichten wollten. Genau das war das Ergebnis von 'lebhaften Diskussionen' eines ehemaligen Parteigenossen über die wohl revolutionäre, aber stark trotzkistische italienische Organisation 'Unione'. (Das ist die heutige PC(ML)I, nicht zu verwechseln mit der Bruderorganisation der KPD/ML, der PCdI/ML).
Ich kann mich nicht erinnern, dass die damaligen SDS-Studenten Semmler, Horlemann oder N. irgendetwas beigetragen hätten zur Bolschewisierung der Bethanien-Kampagne, geschweige denn zur Stärkung der KPD/ML. Mit den Erfahrungen ihrer SDS-Aktivitäten sassen sie damals nämlich noch hinter den Gardinen und philosophierten über die Arbeiterklasse, wie sie zu untersuchen und zu organisieren sei, während die junge KPD/ML auch in Westberlin die ersten Schritte im praktischen Klassenkampf und zur Verankerung in den Arbeitermassen machte.

Ein Genosse, der auch bei der Bethanien-Kampagne mitmachte."

RM-Redaktion: Wie sagt Lenin in seiner Schrift: 'Der linke Radikalismus ...': "Das Verhalten einer politischen Partei zu ihren Fehlern ist eines der wichtigsten und sichersten Kriterien für den Ernst einer Partei und für die tatsächliche (von Lenin unterstrichen) Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber ihrer Klasse und den werktätigen Massen. Einen Fehler offen zugeben, seine Ursachen aufdecken, die Umstände, die ihn hervorgerufen haben, analysieren, die Mittel zur Behebung des Fehlers sorgfältig prüfen, das ist das Merkmal einer ernsten Partei, das heisst, Erfüllung ihrer Pflichten, das heisst Erziehung und Schulung der Klasse und dann auch der Masse. Wenn die 'Linken' in Deutschland (gemeint ist die Spalterorganisation KAPD von 1920) ... diese ihre Pflicht nicht erfüllen, wenn sie nicht mit grösster Aufmerksamkeit, Sorgfalt und Vorsicht an das Studium ihres offenkundigen Fehlers gehen, so beweisen sie gerade dadurch, dass sie nicht eine Partei der Klasse, sondern ein Konventikel, nicht eine Partei der Masse, sondern eine Gruppe von Intellektuellen und einigen wenigen Arbeitern sind, die die schlechten Eigenschaften der Intellektuellen kopieren"

Genossen,
Wir sind der Meinung, dass die ideologische Auseinandersetzung mit der KPD/AO, dem NRF und anderen Zirkeln ständig weitergeführt werden muss. Ein Beitrag hierzu ist die Auflösung des Landesverbandes Westberlin der ehemaligen Gruppe Rote Fahne (Bochum). Wie das hier in Westberlin gelaufen ist und warum, muss im Roten Morgen klargestellt werden. Dies ist ein wichtiges Mittel zur Auseinandersetzung und darf nicht unter den Tisch fallen! Als ob gar nichts geschehen ist.

Es gibt ausserhalb der Partei eine starke kommunistische Bewegung. Die Partei ist davon ziemlich isoliert. Es gilt stärker denn je den Kampf um diese Genossen zu führen, denn: Die meisten dieser Genossen kämpfen genau wie wir für die Diktatur des Proletariats.

Das ZO Roter Morgen hat die Aufgabe, den politischen, ideologischen und organisatorischen Kampf zu führen. Der Kampf gegen den modernen Revisionismus ist gleichzeitig ein Kampf für die Einheit aller ehrlichen Marxisten-Leninisten in der Partei. Hier hat die Partei ihre Hauptaufgabe: Im Kampf gegen den modernen Revisionismus und seine Ableger in der ml-Bewegung, die fortschrittlichsten des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen, und die Einheit der Marxisten-Leninisten in der Partei herzustellen, vernachlässigt!

Betriebszelle Siemens-Gartenfeld

RM-Redaktion: Es ist richtig, dass der Kampf gegen den modernen Revisionismus in allen seinen Spielarten verstärkt geführt werden muss. Hier muss auf ideologischem Gebiet besonders die Seite 6 'Brennende Fragen der Bewegung' ausgerichtet werden. Unsere Leser sind aufgerufen durch Kritiken, Vorschläge und Berichte unsere Arbeit zu verbessern.

In Eurem Brief kommt aber auch zum Ausdruck, dass ihr den Kampf um die Einheit aller Kommunisten in der KPD/ML hauptsächlich auf die 'ML-Bewegung' lenken wollt, womit ihr die Zirkel meint, die aus der kleinbürgerlichen revolutionären Bewegung entstanden sind.

Richtig aber ist: Die gegenwärtige Hauptaufgabe der Partei ist die Gewinnung der Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus. Unsere Ausrichtung auf die Arbeiterklasse heisst auch, dass wir vor allem jene bekämpfen müssen, die als Agentur der Bourgeoisie in der **Arbeiterbewegung** arbeiten, und das sind die modernen Revisionisten der D'K'P und der SEW-Führung.

Das schliesst natürlich nicht aus, dass der ideologische Kampf um die Kommunisten in den Zirkeln geführt werden muss, im Gegenteil. **Der 2.Parteitag der KPD/ML hat die Zirkel, die sich bewusst gegen unsere Partei gegründet haben, als Produkte des modernen Revisionismus eingeschätzt. Das heisst: in der konsequenten Auseinandersetzung mit dem modernen Revisionismus in seinen Hauptvertretern D'K'P/SEW wird auch der Kampf gegen den revisionistischen Wurm in diesen Zirkeln geführt.**

JOURNALISTEN GEKÜNDIGT !

Im ROTEN MORGEN Nr. 22 S. 8 druckten wir im Faksimile einen Artikel der 'Hamburger Morgenpost' ab, der über die brutale Räumung des besetzten Mietshauses Ekhofstr. 39 berichtete. Dieser Bericht einer bürgerlichen Zeitung erschien uns relativ tatsachengerecht, den barbarischen Polizeiterror darzustellen.

Er soll der letzte seiner Art in der 'Morgenpost' gewesen sein. Die Verfasser dieses Artikels, die Redakteure Irle und Conradi, wurden im Anschluss an dessen Veröffentlichung entlassen. Anschliessend kündigte von sich aus der Lokalchef und Betriebsratsvorsitzende der 'Hamburger Morgenpost', Otto. Er könne die sich abzeichnende redaktionelle Ausrichtung des SPD-Blattes nicht mehr vertreten.

Gleichzeitig veröffentlichte die 'Hamburger Morgenpost' eine Stellungnahme, in der sie den Lokalredakteur Otto bezichtigte, er habe Einsatzpläne der Polizei an Miethausbesetzter weitergegeben und habe deshalb nach der Aufdeckung dieser Tatsache gekündigt.

Auch wenn es sich bei letzterem um eine Falschmeldung handelt, so ist doch klar: Fortschrittliche Redakteure wenden sich gegen die zunehmende Gleichschaltung der bürgerlichen Presse, gegen das Artikel schreiben auf der Grundlage von vorgefertigten Polizeiberichten. Ein weiteres Zeichen dafür, wie breit die spontane Bewegung gegen die Faschisierung ist.



Er wurde als erster von der Spezialeinheit der Polizei überwältigt: Ein Wachposten des besetzten Hauses. In der Einfahrt stürzte der Gefesselte zu Boden.

Soweit die Bildunterschrift aus der 'Hamburger Morgenpost'. Hinzuzufügen ist, was uns Rotgardisten aus Hamburg, die unter den Hausbesetztern aktiv politisch arbeiteten, berichteten: Die Gefangenen wurden mit neuartigen Plastikschnüren gefesselt, die derartig in das Fleisch einschneiden, dass Gefesselte während des Transportes vor Schmerzen aufschrien.

Der Rotfront-Verlag liefert ab sofort die komplette Serie der Leninismus-Hefte aus

HEFT 1

WAS IST LENINISMUS?

Die Definition des Leninismus / Seine historischen Wurzeln / Seine Weiterentwicklung / Methode und Theorie

HEFT 2

DIE THEORIE DER PROLETARISCHEN REVOLUTION

Die Widersprüche des Imperialismus / Die Voraussetzungen der proletarischen Revolution / Die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung des Kapitalismus / Das Reißen der Kette des Imperialismus im schwächsten Kettenglied / Die Typen und die Etappen der Revolution / Die revolutionäre Krise

HEFT 3

DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS

Die marxistisch-leninistische Lehre vom Staat / Die Diktatur des Proletariats und ihre drei Seiten / Der neue Staatstypus / Die Sowjets als Form der Diktatur / Die Festigung der Diktatur und die Schaffung der Voraussetzungen für das Absterben des Staates

HEFT 4

DER KAMPF UM DEN SIEG DES SOZIALISTISCHEN AUFBAUS

Die Möglichkeit der Errichtung des Sozialismus in einem Lande / Die „Neue Oekonomische Politik" / Die entfaltete sozialistische Offensive / Sozialismus und Kommunismus

HEFT 5

DIE AGRAR- UND BAUERNFRAGE

Die Agrar- und Bauernfrage im Marxismus-Leninismus / Die Agrar- und Bauernfrage in der bürgerlich-demokratischen Revolution / Die Agrar- und Bauernfrage während der proletarischen Revolution / Die Bauernschaft unter der Diktatur des Proletariats / Die Wege der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes

HEFT 6

DIE NATIONALE UND KOLONIALE FRAGE

Die Fragestellung / Das Proletariat und die nationale Befreiungsbewegung / Das bolschewistische Programm in der nationalen und kolonialen Frage / Die kolonialen Revolutionen und nationalen Bewegungen im Nachkriegseuropa / Die nationale Frage unter der Diktatur des Proletariats

HEFT 7

DIE STRATEGIE UND TAKTIK DER PROLETARISCHEN REVOLUTION

Die Wissenschaft von der Leitung der Klassenkämpfe des Proletariats / Die Lehre von den Formen des Kampfes der Arbeiterklasse / Strategische und taktische Leitung / Revolutionäre und reformistische Leitung / Strategie und Taktik der Kommunistischen Internationale

Jedes Heft ca. 130 Seiten DM 3,--

Erstmalig erschienen im Parteiverlag Moskau 1935

Bestellungen an: 23 Kiel 1, Postfach

(Für Wiederverkäufer und bei Abnahme über 10 Ex. 30% Rabatt).

Kontaktadresse:

Volksbewegung gegen Bombenabwurf

Genossin K.Z. aus Ramsloh schreibt:

''Am 30. und 31.Mai demonstrierten 10 000 Arbeiter, Bauern Schüler und Lehrer gegen die Einrichtung eines Bombenabwurfplatzes im Westermoor bei Ramsloh (Kreis Cloppenburg). Es ist ihnen gelungen, mit 3500 Fahrzeugen alle Zufahrtswege nach Ostfriesland für mehrere Stunden zu sperren.

Fast täglich finden Aktionen statt, von denen die bürgerliche Presse außerhalb dieses Gebietes so gut wie nichts berichtet:

Demonstration in Papenburg, Demonstration in Leer, Schulstreiks abwechselnd in allen umliegenden Städten und Dörfern.

Wer nimmt an den Aktionen teil ?

Es haben sich spontan einige Initiativen gebildet, deren stärkste und weitestgehendste die 'Bürgerinitiative gegen den Bombenabwurfplatz im Westermoor e.V.' 2909 Ramsloh Postfach 21, ist.

In den Bürgerinitiativen haben noch vielfach Kleinbürger und Kleinbourgeois die Fäden in der Hand. So ist zum Beispiel der Vorsitzende der obengenannten Bürgerinitiative ein Kabelfabrikant und der Pressesprecher ein Apotheker.

Getragen werden die Aktionen hauptsächlich durch die Arbeiter, Bauern und Schüler.

- **Die Arbeiter organisierten mehrere kurzfristige Streiks (z.B. legten am 30.5. 1500 Arbeiter einer Werft in Papenburg die Arbeit nieder)**
- **Bauern stellten ihre Traktoren zur Verfügung**
- **Schüler demonstrierten (meist geschlossene Klassen, meist mit Lehrern und zum Teil mit Eltern**
- **Alle zusammen organisierten hervorragend die Sperrung aller Strassen zur ostfriesischen Küste (mit Autos, Traktoren, Anhängern, durch Sitzstreiks, durch Hochziehen von Hebebrücken usw.)**
- **70 Lehrer und Ärzte drohten ihre Abwanderung an (natürlich keine fortschrittliche Massnahme in ihrer Konsequenz).**

Kampfziele

Die verschwommene Zusammensetzung soll natürlich darauf hinaus laufen, dass letztlich doch die bürgerlichen Parteien das Heft ideologisch und organisatorisch fest in der Hand behalten. So wird von den bürgerlichen Parteien mit vielen Mitteln (Flugblättern, Zeitungen, Versammlungen usw.) versucht, die Kämpfe auf der Ebene des Protestes gegen die Lärmbelästigung zu halten. Hier ein Beispiel aus einem Flugblatt der Jungen Union das aber für alle Parteien spricht:

''Demonstrationen - ja
Ausschreitungen - nein
Bundeswehr - ja
Bomben im Westermoor - nein''

Aber nicht alle Kräfte lassen sich so binden. Tatsächlich ist es so, dass die überwiegende Mehrheit den Kampf nur gegen den Lärm führt, hinzu kommen ökonomische Aspekte.

Immerhin sind einige Kräfte auch gegen die Bundeswehr und die NATO selbst gerichtet. Es gab Transparente wie:

- Keine Bundeswehr in Ostfriesland!
- NATO-Bomber, raus aus dem Saterland!

und ein Transparent:

- Nieder mit der NATO

Antwort der SPD-Regierung

Von der SPD-Regierung wird versucht, wie von allen bürgerlichen Parteien, die Proteste in parlamentarische Wege zu leiten. (Abgeordnete, Kreistage, Hearings usw.) Doch allen noch so schönen Worten der SPD-Landesregierung stehen genau entgegengesetzte Taten gegenüber. So werden z.B. in diesem Gebiet die Pachtverträge, die grösstenteils in diesem Jahr auslaufen nicht mehr erneuert. Weiterhin sind schon zwei Kaufenteignungsverfahren eingeleitet worden.

Aufgaben der Partei

Die bürgerlichen Parteien sind darauf aus, die Volksbewegung gegen den Bombenabwurf auf einen Protest gegen den Lärm zu beschränken. ''Aber wenn Ostfriesen mal in Bewegung sind, sind sie nicht mehr einfach aufzuhalten'', sagen die Bewohner über sich selbst. Darum muss die Kommunistische Partei solchen Bewegungen die richtige Stossrichtung geben, denn die Bürgerlichen benutzen alle Methoden, um abzuwiegeln. Die Illusionen über die bürgerlichen Parteien werden schwinden und das Vertrauen in die Kommunisten gestärkt.

Es sollte sofort ein Artikel im Roten Morgen erscheinen. Genossen, oder Sympathisierende, soweit sie auch nur in den umliegenden Gebieten arbeiten (Oldenburg, Wilhelmshafen, Cloppenburg, Leer) sollen den Auftrag bekommen, an den Initiativen teilzunehmen (am wichtigsten in Papenburg, wo viele Arbeiter an der Bewegung teilnehmen.

Rot Front, K.Z.

RM-Redaktion: Wir unterstützen diesen Aufruf, und glauben, dass der Abdruck Deiner Korrespondenz (gekürzt) einen besonderen Artikel ersetzt.



In westdeutschen Kliniken:

Wer arm ist, stirbt !

Liebe Freunde! München, 1.6.73

Im Auftrag einer mit der Partei sympathisierenden Krankenschwester einer Münchner Uni-Klinik schreibe ich Euch folgenden Bericht:
''Am 25.5.73, gegen 13 Uhr, verstarb der 31-jährige Arbeiter B.C., an den Folgen einer hochgradigen Verbrennung. Lapidar heisst es auf dem Todesschein: 'Akutes Herzversagen', dastehen müsste: Mord! – Mord durch das kapitalistische Gesundheitssytem.

Übertrieben? Dann lasst mich mal genauer erzählen:
Der Arbeiter B.C. erlitt bei einer Explosion auf seiner Arbeitsstätte eine ca. 30-prozentige Verbrennung. Nach ärztlichen Masstäben ist ein solcher Prozentsatz zwar bedrohlich, doch besteht eine grosse Chance zu überleben, zumal der Arbeiter ansonsten in gutem Gesundheitszustand war.

1. Verbrennungspatienten müssen so weit als möglich steril untergebracht werden. Natürlich gibt es sowas in unserer Klinik (3. Klasse nicht, obwohl wir laufend mit Verbrenungen zu tun haben. Also wurde B.C. in einer Abstellkammer untergebracht, die nicht einmal vorher desinfiziert wurde, die keine 'Schleuse' hatte.

2. Die Abstellkammer hat eine Abmessung von 2,50 auf 2,20 (!!!). Neben dem Bett mussten noch einige Ablagen untergebracht werden, so dass man sich kaum im dem Zimmer drehen und wenden konnte. Dies ist eine Gefahr für den Patienten und eine Unmöglichkeit für das Pflegepersonal.

3. 'Normalerweise' muss jeder Verbrennungspatient an einen sogenannten 'Monitor' - ein Gerät zur Überwachung der Kreislauftätigkeit - angeschlossen werden, so dass man jederzeit feststellen kann, ob Gefahr droht, und schnell eingreifen kann.

Hier zeigt sich - wie das Wort, 'wer Reich ist, lebt länger' zutrifft.

Auf unserer Station - 3.Klasse - ist für ganze 50 Patienten kein einziger Monitor da! Auf den zwei Privatstationen aber, auf denen die fetten Säcke aus den Bonzen und Boss-Büros in Säälen von 6 auf 6m und grösser 'redidieren' - gibt es nun 'seltsamerweise' 2 Monitoren für ca. 15-20 dieser Leute!!!

Die anwesende junge Ärztin und die empörten Krankenschwestern sagten es deutlich und voller Bitterkeit: ''Da drüben liegen die mit Geld, von 2 Monitoren bewacht, und der arme Kerl hier musste sterben, weil er kein Geld gehabt hat.''

4. Eine weitere Todesursache war, dass in die winzige Abstellkammer kaum ein Beatmungs- und Narkosegerät reinzubringen war. Als nach langem Hin und Her die Sachen reingeschafft waren, war es schon zu spät. Auf den Privatstationen steht bei Leuten mit wesentlich geringeren 'Wehwehchen' schon alles mögliche herum, was sie im Ernstfall gebrauchen könnten. Kommt es aber dann zum Ernstfall, dann wird gerannt: Chef-, Oberärzte und die Stationsärzte aus allen Abteilungen sind in grosser Anzahl da. Es wird alles getan, 'für den Patienten des Chefs'. Der Kunde hat gut bezahlt – also kriegt er auch gute Ware, sprich Behandlung.

Na ja – bei dem anderen Patienten, der schlechter bezahlt, da ist es dann ebenso wie in einem Geschäft: Weniger bezahlt – weniger Hilfe.

Bei diesem Patienten waren keine 20 Ärzte dagewesen. Eine Schwester hat bis zur Erschöpfung Herzmassage machen dürfen; eine junge Ärztin war da und noch eine Schwester und gelegentlich schauten mal kurz ein paar Ärzte rein, gaben gute Ratschläge, und waren wieder verschwunden: ''Ist eh nichts mehr zu machen.'' Besser, ist nicht mehr rentabel!?

Die Krankenschwester, die mir diesen Bericht gab, sagte noch eins: ''Die Leute, die das lesen, dürfen nicht glauben, dass dies ein Einzelfall sei. Jeden Tag gibt es solche oder ähnliche Geschichten. Aber ich habe mit Erschrecken gemerkt wie man abstumpft. Erst der Hass der jungen Ärztin hat mir wieder richtig klar gemacht, wie in der Klinik Menschen aus 'niedrigen Klassen' umgebracht werden.
Ein System, das Menschen umkommen lässt, weil sie nicht genügend Geld haben: Hat das noch das Recht weiterzuleben?

Ich werde von nun an unermüdlich an meiner Stelle dafür kämpfen, in Gesprächen mit meinen Kolleginnen und Kollegen, in Gesprächen mit Patienten, in Gesprächen mit den Leuten auf der Strasse. Ich werde weiterhin die Partei mit Berichten und auch sonst unterstützen. Das ist mein Beitrag an meiner Stelle.

Rot Front, Genosse aus München.

Die Red.: Aus Sicherheitsgründen mussten genauere Angaben unterbleiben.